

Frauenpolitik im Spiegel der Macht

**Accessoire oder Motor
der Entwicklung?**

Dokumentation der
landesweiten Auftaktveranstaltung und
ausgewählter Veranstaltungen der
19. Brandenburgischen Frauenwoche

Potsdam - März 2009



Impressum:

Herausgegeben vom
Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Fon 0331/280 35 81, Fax 0331/24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de, www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion: Textur – Büro für Text und Kultur / www.textur-buero.de

Fotos: Simone Ahrend sah.photo, Landesregierung, privat

Layout: www.arnedesign.de / ines.arnemann@t-online.de

Druck: Chromik Offsetdruckerei, Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss: 30. Juni 2009

Gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie des Landes Brandenburg

Frauenpolitik im Spiegel der Macht – Accessoire oder Motor der Entwicklung?	4
Grußwort der Ministerin Dagmar Ziegler	
1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz	8
Dr. Ursula Schröter, Demokratischer Frauenbund e.V.	
Geschlechtergerechtigkeit – Perspektiven 2020	15
Dr. Barbara Stiegler, Friedrich-Ebert-Stiftung	
Ergebnisse der Auftaktveranstaltung	22
Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für Brandenburg	24
Beschluss der Mitgliederversammlung 11.10.2008	
Presse-Echo	25
Wanderausstellung Frauen in der Wissenschaft	28
Ausgewählte Veranstaltungen	29
Dank	32

* **Auszüge aus dem Politiktalk** mit Dagmar Ziegler, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und Landesgleichstellungsbeauftragte, Prof. Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Landtag
Moderation: Tanja Donkersloot, LABOR3 GmbH, Potsdam

Grußwort

Frauenpolitik im Spiegel der Macht – Accessoire oder Motor der Entwicklung?

Liebe Frauen und Mädchen,
meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste,

es ist März und damit wieder Anlass und Gelegenheit, sich in besonderer Weise den Frauen und Mädchen zu widmen. Diese erste Märzhälfte rund um den 8. herum richtet seit Jahrzehnten den Fokus ganz speziell darauf, wie Frauen leben und arbeiten. In unserem Land geht dies einher mit der Brandenburgischen Frauenwoche. Und heute eröffnen wir also die 19.! Schon die 19., meine Damen und Herren, und das Erstaunen über den schnellen Flug der Zeit koppeln wir mit Rückblick und Vorausschau auf das, was die Frauenpolitik in Brandenburg ausmacht und bewirkt hat. Ein Resümee ziehen wir auf dieser Fachtagung, deren Ausrichtung in bewährter Tradition der Frauenpolitische Rat und die Friedrich-Ebert-Stiftung übernommen haben. Ich danke Ihnen herzlich dafür, dass es Ihnen erneut gelungen ist, ein interessantes Programm zu organisieren.

Auch die 19. Frauenwoche bietet mit ihren Veranstaltungen und Diskussionsforen landesweit wieder Vieles, was unsere Forderung nach tatsächlicher Gleichstellung von Frauen und Männern unterstreicht. Nach wie vor haben wir allen Grund, da hartnäckig zu bleiben und größere Chancengleichheit einzufordern. Wir wissen ja: Gesetze sind das eine, doch der Alltag tickt immer noch anders. Papier bleibt geduldig, wenn wir ihm nicht ungeduldig Taten folgen lassen. Diskriminierung hat tausend Gesichter; und nicht alle sind gleich durchschaubar.

Ganz offen hingegen liegt das Problem der unterschiedlichen Entlohnung vor uns. Ich meine, so lange das Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ nicht vollständig durchgesetzt ist, ist auch die Gleichberechtigung nicht durchgesetzt. Das ist ein entscheidendes Kriterium für die Qualität einer Gesellschaft. Ähnlich verhält es sich mit den beruflichen Chancen von Mädchen: Trotz oftmals viel besserer Schulabschlüsse haben sie es vielfach schwerer, beruflich Fuß zu fassen. Jede von Ihnen hier im Saal könnte gewiss zig weitere Beispiele anführen: Von den ungleichen Entwicklungsmöglichkeiten, dem versperrten Zugang zu Führungspositionen, der ewigen Gratwanderung, es Familie und Beruf gleichermaßen recht zu machen.... All dies ist

für Frauen ungleich schwieriger zu bewerkstelligen als für Männer.

Und weil das immer noch so ist, meine Damen und Herren, sind Aktionen wie die Frauenwoche wichtig. Es geht nicht darum, dass Frauen nur „auf sich aufmerksam“ machen wollen. Es geht um elementare Rechte, die ihnen immer noch verwehrt werden. Mit ihrem breiten Spektrum an Veranstaltungen bietet die Frauenwoche hierfür einen guten Rahmen. Ich freue mich, dass mein Haus auch in diesem Jahr wieder eine Reihe von Veranstaltungen finanziell unterstützen konnte (rd. 40.000 Euro aus Lotto-Mitteln). Gewiss - nur ein kleiner, aber wichtiger Beitrag, gemessen an dem großen Engagement, mit dem sich alle Beteiligten in diese Wochen einbringen.

„Frauenpolitik im Spiegel der Macht – Accessoire oder Motor der Entwicklung?“ – ich finde, das ist ein gut gewähltes Motto. Es schlägt einen Bogen zu den historischen Ereignissen, auf die wir in diesem Jahr zurückblicken. 2009 ist ein an Jubiläen reiches Jahr. Gehen wir also 90, 60 oder 20 Jahre in die Geschichte zurück und gucken, was diese „deutschen Schicksalsjahre“ mit Frauenpolitik zu tun haben.

Es beginnt mit einem Paukenschlag, der das Gemeinwesen entscheidend demokratisierte: Vor 90 Jahren durften Frauen erstmals wählen und gewählt werden. Ein riesiger Erfolg für die Frauenbewegung! Vorausgegangen war diesem Erfolg ein jahrzehntelanger, bitterer Kampf um das Frauenwahlrecht. Frauen wie Clara Zetkin, Louise Otto, Hedwig Dohm, Anita Augspurg und Lida Gustava Heynemann stehen für dieses Ringen. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 in Weimar nutzten 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihr neues Recht. 300 Frauen kandidierten; 37 wurden schließlich gewählt. Damit waren knapp 9 Prozent der Abgeordneten weiblich. Als erste Frau in einem deutschen Parlament trat die Sozialdemokratin Marie Juchacz ans Rednerpult. Dies war eine Sternstunde der Demokratie!

Und heute, meine Damen und Herren, nach 90 Jahren? Unbestritten sind wir große Schritte vorangekommen. Die Welt hat sich verändert. Die Frauen auch. Längst haben Frauen



Grußwort der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg und Landesgleichstellungsbeauftragten Dagmar Ziegler zur Auftaktveranstaltung am 5. März 2009

ihren selbstverständlichen Platz in den Parlamenten - obwohl die Mandate noch lange nicht paritätisch zwischen Männern und Frauen verteilt sind. In Brandenburgs Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen beispielsweise wird nur etwa jedes vierte Mandat von einer Frau wahrgenommen. Nur ein Drittel der Brandenburger Abgeordneten im Europaparlament ist weiblich. Im Deutschen Bundestag liegt der Frauenanteil bei nur knapp 32 Prozent. Etwas besser sieht' s damit im Brandenburger Landtag aus: Mit 43 Prozent Frauenanteil halten wir im Bundesvergleich einen Spitzenwert.

Nichts, was wir nicht noch besser machen könnten! Zumal sich in diesem Jahr eine große Chance dazu bietet: Wir absolvieren bekanntlich ein Superwahljahr – mit vielen Länderwahlen, den Europawahlen, den Wahlen zum Bundestag. Viele Gelegenheiten also, sich mit Stimme und Meinung aktiv einzumischen in das politische Geschehen. Viele Chancen, jene zu wählen, die eben auch Frauenrechte vertreten und sich konsequent für sie einsetzen. Ich weiß, meine Damen (und Herren), dass Sie sich die Wahlprogramme genau ansehen und die Kandidatinnen und Kandidaten gründlich prüfen werden. Bitte werben Sie auch bei den Frauen in Ihren Orten dafür, auf ihr demokratisches Recht nicht zu verzichten und wählen zu gehen. Es geht um zu Vieles, als dass man sich dem verweigern sollte. Jede Frau sollte wissen, dass sie mit ihrem Votum mitbestimmt, wer für die nächsten Jahre ihre Interessen auf parlamentarischer Ebene vertritt. Wer diese Chance versäumt, sollte sich später nicht darüber beschweren, wenn er seine Interessen nur ungenügend wahrgenommen sieht!

Ein paar Worte noch zu dem Schicksalsereignis vor 60 Jahren: Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Ein Meilenstein nicht nur für die friedliche Entwicklung des künftigen Deutschland, sondern ein Meilenstein auch für die Gleichstellungspolitik. Denn in Artikel 3 Absatz 2 heißt es seitdem: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Ein einfacher Satz nur, der es in sich hatte. Was sich so einfach liest und uns heute so selbstverständlich ist, war damals schwer durchzusetzen. Vor 60 Jahren, kurze Zeit nach einem verheerenden Krieg, nach Hungerwintern und Elend war die Gleichberechtigung keine Frage, die Politiker oder Bevölkerung besonders bewegte. Es ging ums Überleben; da schienen Geschlechterfragen zweitrangig.

Auch dem Parlamentarischen Rat, der sich im September 1948 versammelte, um eine Verfassung zu konzipieren, war dies keine Herzensangelegenheit. So haben wir es vor allem der Weitsicht, der Hartnäckigkeit und dem Durchsetzungsvermögen von Dr. Elisabeth Selbert - einer von vier Frauen in diesem Gremium - zu verdanken, die diese Formulierung gegen massive Widerstände durchsetzte. Damit war der Grundstein für die rechtliche Gleichstellung der Frau in der Bundesrepublik Deutschland gelegt.

Allerdings dauerte es noch fast weitere zehn Jahre, bevor der Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung mit dem Gesetz vom 1. Juli 1958 auch bürgerliches Recht wurde. Jetzt durften Ehefrauen z.B. ihren Mädchennamen als Namenszusatz führen, wurden Eheleute zum gegenseitigen Unterhalt verpflichtet, bekamen Frauen das Recht auf Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Ein deutlicher Fortschritt, der Frauenrechte zementierte und der Emanzipation weitere Türen öffnete. Aber erst ein Anfang, denn zu tun blieb noch genug. Auch Willy Brandt war offensichtlich unzufrieden mit dem Tempo dieser Entwicklung, denn er befand einst, dass die Emanzipation vorankomme „wie eine Schnecke auf Glatteis“. Das Glatteis wurde dann im Zuge der Verfassungsreform

Grußwort

trittfester mit dem ergänzenden Satz in Artikel 3 Absatz 2: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Mit der noch heute gültigen Fassung wurde eine wesentliche Forderung aufgegriffen, die die Unabhängige Frauenbewegung und der Runde Tisch der ehemaligen DDR schon 1990 im Einigungsprozess erhoben hatten.

An den 9. November vor 20 Jahren haben fast alle hier in Saal gewiss noch lebhafteste Erinnerungen: Zum 20. Mal jährt sich an diesem Tag der Mauerfall. Ein Ereignis von weltbewegender und weitreichender Bedeutung; Auslöser tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Veränderungen in unserem Land. Wie kein anderes hat es unser Leben verändert. In vielem schöner gemacht; in manchem jedoch auch schwieriger. Insbesondere auch das Leben der Frauen. Anschließend wird Frau Dr. Schröter (Demokratischer Frauenbund) auf diese Jahre zurückblicken und dabei vor allem auch Entwicklungen und Lebenslagen der Frauen einschätzen.

Auf diesem Terrain einer Gesellschaft im Umbruch und Aufbruch haben sich auch 20 Jahre Frauenpolitik in

Brandenburg entwickelt. Wir haben erfahren: Freiheit hat ihren Preis; die Verheißungen des Kapitals entpuppen sich oft als Luftnummern; Gleichberechtigung bleibt ein erstrebenswertes Ziel, um das immer wieder neu gerungen werden muss. Das haben wir getan und tun wir weiter. Ich meine, wir können stolz sein, denn wir haben einiges geschafft: Die Gleichstellungsverpflichtung ist Bestandteil von Landes- und Kommunalverfassung, das Landesgleichstellungsgesetz gilt seit 15 Jahren, mit der Frauenförderverordnung betreten wir 1996 bundesweit Neuland.

Das sind nur ein paar der gesetzlichen Grundlagen für unsere moderne Frauenpolitik. Weiteres gehört dazu: Wir haben ein flächendeckendes Netz von Frauenhäusern und Hilfsangeboten für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder aufgebaut und finanziell gesichert (900.000 Euro jährlich). Der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wird umgesetzt. Unsere arbeitsmarktpolitischen Strategien und Fördermaßnahmen richten sich an den Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern aus. Eine geschlechtersensible Berufsorientierung ist uns wichtig. Wir haben Gender-Mainstreaming in der Landesverwaltung eingeführt; alle Ministerien führen Gender-Mainstreaming-Anwendungsprojekte durch. Alle Beschlüsse der Landes-



regierung werden auf den Gleichstellungsgrundsatz überprüft.

Wir haben Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen und der Landesverwaltung etabliert und rechtlich abgesichert. Unsere Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ unterstützt werdende Mütter, junge Eltern und Unternehmen mit Informationen und Beratung zum Thema Beruf und Familie. Trotz immer knapper werdender Haushaltsmittel ist es gelungen, die Förderung der Frauenverbände aufrechtzuerhalten (2009: 168.000 Euro). Ich werde mich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen, dass es auch im nächsten Haushaltsjahr so bleibt.

Meine Damen und Herren,
dies alles sind nur einige Beispiele dafür, wie wir Frauenpolitik im Fokus halten (oder, wenn Sie so wollen: Im Spiegel der Macht...) und sie auch trotz mancher Schwierigkeiten bewahren. Das müssen wir auch, denn wer Frauenpolitik aufgibt, gibt letztlich Politik auf. Und festhalten an unserer Frauenpolitik müssen wir auch, weil es noch eine Unmenge zu tun gibt. Kein Grund, sich auf den Erfolgen auszuruhen.

Dafür steht allein schon dieses Beispiel: Laut EU-Statistik hat in Deutschland der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern zugenommen! Derzeit liegt der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen 23 Prozent unter dem der Männer – 2008 waren es 22 Prozent. Damit gehören wir zu den Staaten in Europa mit der größten Lohnungleichheit – im EU-Durchschnitt verdienen Frauen gut 17 Prozent weniger als Männer.

Ein Anachronismus, nicht wahr? Dies muss sich ändern. Das müssen wir ändern. Natürlich – das ist eine schwierige Thematik und ein sehr komplexes Problem. Die Gründe für die Lohnlücke sind vielschichtig: hohe Teilzeitbeschäftigung von Frauen, schlechtere Aufstiegschancen und geringe Zugangsmöglichkeiten zu Führungspositionen, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, Berufswahl in typischen Frauenberufen mit tendenziell geringerem Verdienstniveau. Aber alles Dinge, die besser zu machen wären. Doch hier ist nicht nur die Politik gefordert, sondern insbesondere die Wirtschaft, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Aktion des „Equal Pay Day“,

die im April 2009 zum zweiten Mal in Deutschland startet.

Vor wenigen Monaten legte die Landesregierung dem Landtag ihren Bericht zur Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik vor. Er bilanziert das Erreichte und beschreibt die Perspektiven. Ein guter Fahrplan, den es weiter inhaltlich zu untersetzen gilt. In diesem Kontext sehe ich auch die Forderung des Frauenpolitischen Rates nach einem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm, das den Querschnittscharakter der Gleichstellungspolitik verdeutlicht und ressortübergreifend alle Partner und Partnerinnen einbindet. Am heutigen Nachmittag ist es möglich, in den Workshops darüber zu diskutieren. Nutzen Sie diese Gelegenheit. Denn – wir wissen es ja und handeln längst danach – Gleichstellung ist nur dann erfolgreich, wenn das Ringen um sie auf viele Schultern verteilt wird. Da ist nicht allein die Politik gefordert, sondern auch die Verantwortlichen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Wir haben ein gemeinsames Ziel und müssen dafür unsere Anstrengungen bündeln.

Meine Damen und Herren,
nein, Frauenpolitik darf nicht Accessoire, schmückendes Beiwerk sein – Frauenpolitik muss Motor sein! Wir alle müssen dafür sorgen, dass der Motor nicht stottert und ihn also mit dem nötigen Treibstoff füttern. Wir alle – die Politik, die Wirtschaft, die Tarifparteien, die Interessenverbände und alle, denen die Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Herzen liegt. In diesem Sinne wünsche ich uns heute einen interessanten Tag, informative Vorträge und anregende Gespräche. Der 19. Brandenburgischen Frauenwoche wünsche ich landauf, landab bunte Veranstaltungen und Foren, mit vielen Gästen, Frauen wie Männern, damit Gleichstellung und Chancengleichheit ein großes Stück weiter vorankommen.



Dagmar Ziegler

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
Landesgleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg

1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter

Meine Aufgabe ist es, mit einer „Frauenbrille“ auf die letzten 20 Jahre in Deutschland zu blicken, also mit dem Ende der DDR zu beginnen, das Ende als Anfang zu sehen. Das ist zunächst ein produktives Herangehen.

Weil meine Sicht aber nicht schlechthin Frauensicht ist, sondern Ostfrauensicht, kann ich diese Aufgabe wohl nicht konsequent erfüllen. Das schlechte Ende der DDR, so Hans Mayer 1991 (Turm von Babel, S. 16), widerlegt möglicherweise nicht den guten Anfang. Und mir scheint, bis heute spiegeln sich in den Wertorientierungen und Verhaltensweisen ostdeutscher Frauen Spuren dieser guten Anfänge mehr als die Spuren des schlechten Endes.

Gleichzeitig lege ich Wert darauf, zumindest zu erwähnen, dass die DDR an ihren eigenen Defiziten kaputt gegangen ist. Über diese Defizite und deren „möglicherweise gute Anfänge“ ist noch lange nicht gründlich genug nachgedacht worden. Ich meine ausdrücklich diese Ambivalenz, die Grenzen und die Möglichkeiten des DDR-Konzepts, ich meine den schmalen Pfad zwischen Verteufelung und Verklärung der DDR-Vergangenheit.

Das heißt, ich meine nicht, dass mehr als bisher die DDR-Vergangenheit für aktuelle politische Probleme in Deutschland schuldig gesprochen werden sollte, etwa die „ungebrochene Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen“ für die hohe östliche Arbeitslosigkeit oder der sogenannte Töpfchenzwang in DDR-Kindergärten für zunehmenden Rechtsradikalismus oder neuerdings das vergleichsweise großzügige Abtreibungsrecht in der DDR für die erschreckend hohe Zahl an Kindestötungen.

Diese Art Rückblick führt ganz sicher nicht zu einer sachgemäßen Aufarbeitung und damit zu mehr Verständnis zwischen Ost und West. Diese Art Rückblick ist wohl eher ein Beleg für politische Ratlosigkeit. Denn wer auf einer Leiche herumtrampelt, muss Angst haben, dass da noch Leben drin stecken könnte. Aus meiner Sicht hat auch der immer wieder gebrauchte Begriff „ehemalige DDR“ mit dieser Angst zu tun. Die DDR ist tot – wie meine Eltern. Deshalb werden sie nicht meine ehemaligen Eltern. Niemand spricht von der ehemaligen Weimarer Republik, nur bei der DDR oder auch bei der Sowjetunion hält man es für notwendig, das „Ehemalige“ hervorzuheben. Sachgemäß wäre dieses Attribut für die Bundesrepublik, denn die gibt es noch und da wäre von hohem Interesse zu wissen, was die jetzige Bundesrepublik von der ehemaligen unterscheidet.

Wenn ich dafür plädiere, die DDR weder zu verklären, noch zu verteufeln, dann denke ich vor allem an die Menschen, die – wie ich – eine Alternative zur gegenwärtigen politischen Entwicklung in Deutschland für nötig halten. Denn die müssen genauer als bisher wissen, wie es NICHT geht, warum die schon einmal angestrebte Alternative nicht funktionieren konnte. Nach meiner Kenntnis spielt hier das schwierige Verhältnis zwischen Klassenpolitik und Geschlechterpolitik – die auch in der DDR nur Frauenpolitik hieß – eine große Rolle, die unangefochtene Dominanz des Öffentlichen gegenüber dem Privaten, die unterschiedliche Wertschätzung von Arbeit und ihrer Subjekte usw. Alles Themen, die nicht von der SED erfunden wurden, sondern die tief in den Wurzeln des sozialistischen bzw. kommunistischen Konzepts angelegt sind. Ich meine schon, dass eine Debatte über das sozialistische Patriarchat, über seine emanzipatorischen Grenzen, aber auch über seine Unterschiede zum kapitalistischen, sehr nützlich für Zukunftsdenken sein könnte. Und diese Debatte kann nicht beliebig lange hinausgeschoben werden. In noch einmal 20 Jahren ist die DDR nur noch das, was über sie aufgeschrieben wurde. Für mich kein beruhigender Gedanke, wenn ich mir beispielsweise die von den Grünen angeregte DDR-Diskussion im Berliner Abgeordnetenhaus vor Augen führe.

Heute und hier geht es aber um die Zeit nach dem DDR-Ende.

„Wir sind das Volk“, haben nicht nur DDR-Männer gerufen. An den Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober und Anfang November 1989 beteiligten sich etwa 40% Frauen. Danach wurden es sehr schnell deutlich weniger, danach änderten sich auch die auf Transparenten mitgeführten Lösungen.

Die Frauen sind ganz sicher – in der Mehrheit – nicht wegen des patriarchalen Charakters des DDR-Staates auf die Straße gegangen. In der letzten Befragung, die die Akademie für Gesellschaftswissenschaften im Januar und Februar 1989 durchgeführt hat, äußerten sich 74% der befragten Frauen (und 72% der befragten Männer) zufrieden mit der Gleichberechtigungspolitik der DDR. Von 19 vorgegebenen Indikatoren lag die Gleichberechtigung auf Platz 2, soziale Sicherheit auf Platz 1, das Warenangebot auf Platz 19. Auch auf den Transparenten, die am 4. November über den Berliner Alexanderplatz getragen wurden, stand nicht „Männer an die Kochtöpfe“, sondern beispielsweise „Visafrei nach

1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter



Dr. Ursula Schröter, Jahrgang 1941, ist gelernte Stenotypistin, studierte Mathematik und promovierte in Soziologie. Seit 1990 ist sie Vorstandsmitglied im dfb e.V. und seit 1994 dessen stellvertretende Vorsitzende. Sie ist verheiratet, hat zwei erwachsene Söhne.

Hawai“ oder „Rechenkünstler Politbüro: 100% minus 20% ist gleich 98%“ usw.

Das heißt, die Mehrheit der Frauen, die im Herbst 1989 auf der Straße war oder sich anders artikuliert, wollte nicht vordergründig eine andere Geschlechterpolitik/Frauenpolitik, sondern wollte, wie die Mehrheit der Männer, mehr Meinungsfreiheit, mehr Reisefreiheit, ein besseres Warenangebot, mehr Ehrlichkeit in der Politik.

Aber es gab in diesen Monaten und auch auf der legendären Demonstration vom 4. November in Berlin eine Minderheit von überwiegend jungen Frauen, die frauenpolitische Defizite ansprach, die in diesem Sinne den Sozialismus reformieren wollten. Sie forderten mehr Akzeptanz für Lesben, sie thematisierten Gewalterfahrungen von Frauen und sie übersetzten DDR-Frauenpolitik – oft abfällig gemeint – mit Mutti-Politik. Das Thema Schwangerschaftsabbruch kommt in den ersten Dokumenten nicht vor, weil selbstverständlich, aber das wurde erst später bewusst. Bekanntlich ging aus dieser Bewegung der Unabhängige Frauenverband (UFV) hervor, der mit Stimmrecht am Zentralen Runden Tisch saß.

Und bekanntlich wurde auf der genannten Berliner Demo auch ein Transparent (der Lila Offensive) getragen mit der Aufschrift: „Schluss mit DFD, Dienstbar, Folgsam, Dumpf“. Das heißt, die „schwesterliche Verbundenheit“ zwischen den damals frauenbewegten jungen Frauen und dem DFD war sehr begrenzt. Im Allgemeinen. Aber es gab auch Ausnahmen. Ich habe damals auch sehr gute Zusammenarbeit kennengelernt.

Diese bewegten Monate von Ende 1989 bis Anfang 1990 wurden und werden im Rückblick bis heute sehr widersprüchlich, gar gegensätzlich gewertet.

Da gab es einerseits die „Weitsichtigen“, die beispielsweise am 4. November auf keinen Fall dabei sein wollten, weil sie bereits wussten, dass hier das Ende der DDR eingeläutet wird. Die bestenfalls am Fernsehapparat das Geschehen verfolgten.

Da gab es andererseits die „Naiven“, die diese Zeit auch mit dem Abstand der Jahre noch als große Zeit der Hoffnungen bezeichnen. Und Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus wurden ja auch vom Podium her vermittelt. Ich zitiere aus einem Interview, das ich Ende der 90er Jahre mit einer ehemaligen Wendeaktivistin geführt habe. „Ich möchte diese Monate trotzdem nicht missen, weil ich damals wirklich dachte, es liegt an mir, was aus der Gesellschaft wird. Welche Westfrau kann das schon von sich behaupten?“

Ganz sicher gab es damals auch zahlreiche DDR-Menschen, die das Ende des Staates herbeisehnten und in dieser Richtung mehr oder weniger aktiv waren. Aber eine Gruppe gab es vor 20 Jahren in der DDR wohl nicht: die politisch Uninteressierten.

Ich bekenne, dass ich nicht zu den Weitsichtigen gehörte, dass ich am Morgen des 4. November zum Alexanderplatz gefahren bin, um die DDR zu verändern. Als schon kurze Zeit (Stunden) später auch für mich deutlich wurde, wo die Entwicklung hingeht, als sich von Tag zu Tag die Situation änderte, war ich wie viele Frauen meiner Umgebung vor allem bemüht, zu sichern, zu erhalten, was ich für erhaltenswert hielt: das familiäre Nest, berufliche Arbeitsmöglichkeiten, soziologische Dokumente aus meiner damaligen Dienststelle und nicht zuletzt den DFD, den ich vorher gar nicht über die Maßen geliebt hatte, dessen Bedeutung mir aber – gewissermaßen schlagartig – bewusst wurde.

Bekanntlich haben die damaligen DFD-Frauen, die auf Erhalten orientiert waren, vom Oktober 1989 bis Oktober 1990 nicht nur leidenschaftlich gestritten, sondern auch

1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter

neue Aufgaben definiert, neue Strukturen geschaffen, neue Vorstände gewählt. Den gemeinnützigen Verein dfb e.V. gibt es seit Oktober 1990, sein Sozialwerk seit 1993. Er ist keine Millionenorganisation mehr, aber noch stark genug, um sich bis heute als Nicht-Regierungs-Organisation bemerkbar zu machen. Damals saß er mit Beobachterstatus am Zentralen Runden Tisch und als einer der prägenden Vereine an den Frauenpolitischen Runden Tischen der unterschiedlichen Länder. Dass Gisela Schaarschmidt, bis heute in unserem Verein unvergessen, den Frauenpolitischen Runden Tisch Brandenburg mitgegründet hat, ist sicherlich mancher Frau noch in Erinnerung.

Der Einigungsvertrag, der zusammen mit dem Grundgesetz die juristische Basis für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik bildete, schrieb bekanntlich in Artikel 31 fest, dass „die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln“ ist, ohne deutlich zu machen, von welchem Niveau aus weiter, vom östlichen oder vom westlichen. Das hat mich beim ersten Lesen tatsächlich verwirrt. Aber die unterschiedlichen Anlagen zum Einigungsvertrag lassen dann keine Fragen offen. Da ist (beispielsweise Anlage I, Kapitel III) vom Vierten Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches die Rede, von Vorschriften über das Verlöbnis, von Zugewinngemeinschaften usw. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist für die DDR-Familie mit der 1. Verfassung 1949 außer Kraft gesetzt worden. Wie ernst Verlobungen zu nehmen sind, hat bestenfalls noch meine Generation gesagt bekommen. Aber die nächste Generation, die ja 1990 im verlobungsfähigen Alter war, hat darüber nur Witze gemacht. Und was eine Zugewinngemeinschaft ist, wussten wir alle nicht.

Es war also ziemlich schnell zu erkennen, dass sich hier nicht gleich geachtete Territorien mit ihrer jeweiligen spezifischen Geschichte zu einem Ganzen vereinigen sollten, sondern dass es zwischen Ost und West eine klare Hierarchie geben wird. Die Erfahrungen, die in der Folgezeit im Osten gesammelt wurden, haben das bestätigt: Abwicklun-

gen von DDR-Betrieben, Auflösungen von wissenschaftlichen Institutionen bzw. Austausch der Eliten, Abriss von kulturellen Einrichtungen. Die Grundannahme war und ist, dass im Westen die Normalität zu finden ist, im Osten die erklärungsbedürftige und vor allem veränderungsbedürftige Besonderheit.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre – diesen Zeitraum möchte ich in einem ersten Schritt als Ausgangspunkt wählen – schien sich die frauenpolitische Debatte nur auf ostdeutsche Frauen zu beziehen, auf ihre Enttäuschungen und insofern ihren Verliererinnen-Status, aber auch auf die Enttäuschungen der Anderen über ostdeutsche Frauen. In der Kritik standen erstens ihr Gebärverhalten, zweitens ihre „ungebrochene Erwerbsneigung“, und drittens nicht selten auch ihre fehlende feministische Sensibilität. Zu diesen drei Aspekten einige Sätze:

Zum Gebärverhalten: Die Geburtenrate war nicht nur in der alten Bundesrepublik, sondern auch in der DDR seit den 60er Jahren gesunken, nicht so kontinuierlich, weil die „sozialpolitischen Maßnahmen“ kurzzeitige Veränderungen bewirkten, und auch nicht so dramatisch wie im Westen, weil die DDR vergleichsweise kinderfreundlich war. Ein Kind hatten fast alle DDR-Frauen am Ende ihrer fertilen Phase. Konkret betrug die sogenannte Mütterrate Ende der 80er Jahre 92%.

Allerdings hatten sie auch zunehmend nur ein Kind. Zum Zeitpunkt des Beitritts lag die Geburtenrate im Westen bei 1,45 und im Osten bei 1,52. Vier Jahre später war die östliche Rate auf die Hälfte gesunken (0,77), während es im Westen kaum Veränderungen gab. Auch heute bewegt sich die westliche Rate um 1,4 und die östliche beträgt seit einigen Jahren etwa 1,2, was im Durchschnitt die oft zitierten 1,34 Kinder ergibt. Im Europavergleich liegt Deutschland damit unterhalb der Mitte. Mehr Kinder werden nicht nur in den nordeuropäischen Ländern und in den Benelux-Staaten geboren, sondern auch in Frankreich, England, Österreich usw.

*** Kerstin Kaiser:** Ich habe mich wie im Paradies gefühlt bis zu dem Tag, als ich ein Kind bekam ... dieses typische Gegen-die-Wand-Laufen brachte eine neue Sicht auf die Welt ... und das Zweite war die Wende ... mein politisches Engagement begann mit der Wende. Dieses Sichselber-in-Fragestellen, althergebrachte Modelle in Frage stellen, die neuen Freiheiten und die neuen Erkenntnisse, die 218er-Bewegung, Ost-West. Bei allen Unterschieden, die haben unglaublich geholfen, wir sind politisiert worden, wir haben gesehen, wie es gehen kann.

1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter

Zweitens zur „Erwerbsneigung“: Ich setze den Begriff immer noch in Anführungszeichen, weil er nach meiner Erfahrung die Realität immer noch und immer wieder in doppelter Weise verzerrt. Es geht nicht um eine Neigung und nicht nur um Erwerb, sondern um ein grundlegendes Bedürfnis nach beruflicher Arbeit, nach Öffentlichkeit, nach gesellschaftlicher Anerkennung, nach sozialen Kontakten.

Dass dieses Bedürfnis nur für Männer als legitim betrachtet wurde, gehörte für mich zum größten Nachwendeschock. Dabei waren es nicht nur konservative Politiker (wie Kurt Biedenkopf), die Anfang der 90er Jahre laut und ohne Schamgefühl davon sprachen, dass ostdeutsche Frauen die Männer vom deutschen Arbeitsmarkt „verdrängen“ würden. Es gab in jener Zeit auch sozialwissenschaftliche Studien (Pohl 1995), die nachwiesen, dass die Arbeitsplätze im Osten ausreichen würden, wenn die Ostfrau eine ähnlich niedrige „Erwerbsneigung“ hätte wie die Westfrau. Zur Erinnerung, Ende der 80er Jahre waren 91% aller DDR-Frauen im entsprechenden Alter berufstätig oder in Ausbildung.

Im Laufe der vergangenen 20 Jahre gab es nun tatsächlich Veränderungen in der „weiblichen Erwerbsneigung“, aber vor allem ein Anstieg im Westen, also eine Annäherung des Westens an den Osten, was der Grundannahme – im Westen die Norm, im Osten das Defizit – widerspricht. Nach der Europäischen Beschäftigungsstrategie ist Deutschland verpflichtet, bis 2010 eine Frauenerwerbsquote von 60% zu erreichen. Das zu schaffen, wird weder im Osten noch im Westen ein Problem sein. Allerdings bedeutet Erwerbstätigkeit bei Westfrauen sehr viel häufiger als im Osten geringfügige Beschäftigung bzw. Teilzeitarbeit, auch Teilzeitarbeit mit weniger Stunden. Und Nicht-Erwerbstätigkeit bei Westfrauen heißt nicht unbedingt Arbeitslosigkeit, sondern sehr viel häufiger als im Osten auch „Stille Reserve“ (Gender-Report 2005). Damit sind indirekt Armutsfallen für Frauen und Kinder angesprochen und auch Gesundheitsprobleme, auf die ich hier nicht genauer eingehen kann.

Erwähnen möchte ich aber unter dem Aspekt „Erwerbsneigung“, dass es zum Thema Hausfrau in Ost und West scheinbar unerschütterlich unterschiedliche Haltungen gibt. Seit Anfang der 90er Jahre, seit die regelmäßigen repräsentativen Meinungsbefragungen auf den Osten ausgedehnt wurden, liegt der Hausfrauenanteil nach eigener Einschätzung im Westen immer zwischen 25 und 30% und im Osten immer unter 5%. Nach den Regeln der Statistik kann eine Menge unter 5% vernachlässigt werden, sodass in den re-

levanten Studien tatsächlich oft vermerkt wurde, dass es die freiwillige Hausfrau im Osten so gut wie nicht gibt. Das kann sicherlich unterschiedlich gewertet werden (nach Zeitbudgetanalysen der letzten Jahre wird für ostdeutsche Haushalte generell weniger Zeit als für westdeutsche aufgewandt). Auf jeden Fall aber stehen die östlichen Vorbehalte gegenüber Hausfrauenarbeit im Widerspruch zu regierungsamtlichen Vermutungen, die Anfang der 90er Jahre geäußert wurden. Ich zitiere aus einem Referat der damaligen Frauenministerin vom Juni 1991: „Man muss davon ausgehen, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern zurückgehen wird. Dies ist natürlich, weil es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, eigentlich nicht gab. Zwar fanden auch in der ehemaligen DDR Frauen eher eine Nische, doch ging das nur unter materiellen Einbußen sowie in einer Art gesellschaftlicher Isolation. Dies wird sich ändern“ (Merkel, Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, Konrad-Adenauer-Stiftung 1991, S. 9).

Dies hat sich, wie gesagt, bis heute noch nicht geändert. Damit hängt zusammen, dass Frauen im Osten und zunehmend auch im Westen mehrheitlich nicht die Wahl haben wollen zwischen Beruf und Familie, sondern dass sie ein „ganzes Leben“ anstreben, so wie das für Männer auch selbstverständlich ist. Folgerichtig konnten Ostfrauen auch mit dem Begriff „doppelter Lebensentwurf“ zunächst überhaupt nichts anfangen. „Wieso denn doppelt“ fragte mich etwas aggressiv eine Frau im Interview, „ich hab nur ein Leben“. Schließlich – drittens – noch einige Überlegungen zum schwierigen Verständigungsprozess zwischen Ost- und Westfrauen, wie er Anfang der 90er Jahre begann, auch zur feministischen Sensibilität der Ostfrauen. Nach meiner Wahrnehmung war das Interesse der Frauen aneinander zunächst sehr groß. Sowohl auf privater Basis als auch im Rahmen von Frauengruppen, die sich besuchten, wurde die Neugier an der anderen Biografie artikuliert. Es erschienen sehr bald die ersten Bücher über die „fremde Schwester“, sowohl belletristisch formuliert als auch als soziologische Analysen. Im Haus der Geschichte in Bonn wurde eine Ausstellung über die „ungleichen Schwestern“ (mit Fragezeichen) eröffnet, die keinen Zweifel an der westlichen Dominanz ließ, aber immerhin ostdeutsche Autorinnen einbezog. Für das Kennenlernen der Frauen spielte – sicherlich nicht nur für mich – eine große Rolle, dass die Bundesregierung in Vorbereitung der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking bereits ab 1993 Frauenorganisationen aus Ost und West zur Mitar-

1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter

beit am UNO-Schattenbericht aufgefordert hatte. Sie stellte damals die Gliederung des geplanten Regierungsberichtes vor und ermunterte die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) des Landes, ihre Auffassungen dazu zu formulieren. Zwar hat sie dann ihr Versprechen, den Schattenbericht an den Regierungsbericht anzuhängen und als Gesamtheit der UNO zu übergeben, nicht eingehalten (vermutlich weil sich beide Berichte zu sehr widersprachen), aber immerhin übernahm sie auch für den Schattenbericht die Kosten für Übersetzung und Druck und für die Begegnungen der NGOs die Reisekosten.

Ich hebe das hervor, weil es bei späteren Berichterstattungen an die UNO sehr viel weniger Regierungsinteresse gab, das Potenzial der NGOs zu bündeln und diese auch materiell zu unterstützen. Damals – wie gesagt – hat die Regierung die Vernetzung der Frauenvereine in Deutschland aktiv betrieben. Und viele Kontakte, die mein Verein bis heute zu westlichen Frauenvereinen hat, und auch viele Kontakte, die ich persönlich zu Westfrauen habe, rühren aus dieser aufregenden Zeit um Peking.

Das Verständnis der Frauen in Deutschland füreinander hatte aber Grenzen. Einerseits ging die Grundannahme, dass die Defizite vor allem im Osten zu suchen sind, wohl auch nicht spurlos an den Frauen vorbei. Andererseits fühlten sich auch nicht wenige Ostfrauen gegenüber der westdeutschen Schwester überlegen, weil sie in der DDR ein vergleichsweise ganzheitliches Leben führen konnten, weil sie dieses „feministische Geschwätz“ nicht nötig gehabt hätten. Viele Ostfrauen konnten beispielsweise nicht so recht einsehen, dass ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz notwendig ist, wo sie doch vor allem einen Arbeitsplatz brauchten, oder dass ein Frauenstreik (März 1994) eine wirksame politische Keule sein kann. In einem Interview sagte mir dazu eine Frau: „Bei uns waren Frauen am Arbeitsplatz doch keine Exotinnen. Die Männer hätten es gar nicht geschafft, so viele Frauen sexuell zu belästigen“. Als im Mai 1997 Vergewaltigung in der Ehe als strafwürdiges Verbrechen erklärt wurde, war die Akzeptanz deutlich größer. Dieses Thema traf sich wohl eher mit östlichen Frauenerfahrungen.

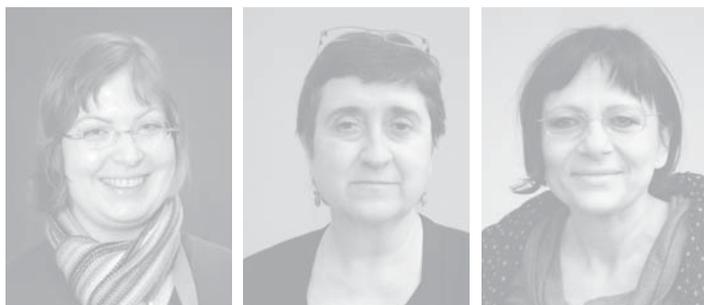
Aber auch die Westfrauen hatten schon bald viel auszusetzen an der fremden Schwester, nicht nur Äußerlichkeiten. Die feministisch Geschulten fühlten sich genervt, weil sich Ingenieurinnen aus dem Osten immer noch als „Ingenieur“ bezeichneten. Und traditionell Sozialisierte ließen schon mal durchblicken, dass sie ihre Kinder nicht geboren hatten, um

sie dann in einen Kindergarten zu geben.

Bis heute ist der Prozess des Sich-Annäherns, aber auch des Sich-Abstoßens der Frauen im Gang. Bis heute fallen gerade dort noch deutliche Ost-West-Unterschiede auf, wo es um Privatheit, um Hausarbeit, um Kinderbetreuung, wo es um Geschlechterbeziehungen und Familie geht. Und das betrifft sowohl die Rahmenbedingungen für die familiäre Entwicklung – die gravierenden Ost-West-Unterschiede in der öffentlichen Kinderbetreuung, vor allem Ganztagsbetreuung, sind bekannt – als auch die Wertorientierungen und Verhaltensweisen der Betroffenen. Von der freiwilligen Hausfrau war schon die Rede. Ein anderer Aspekt ist die Familienform. Im Osten wurde und wird deutlich seltener geheiratet. Nach dem jüngsten Datenreport von 2008 (S. 33) beruhen 77% aller westdeutschen Familien, aber nur 58% aller ostdeutschen auf einer Ehe. Folgerichtig gibt es im Osten mehr Lebensgemeinschaften und vor allem mehr Alleinerziehende. Damit hängt zusammen, dass der Anteil nichtehelicher Geburten im Osten deutlich höher liegt als im Westen. Während in den alten Bundesländern im Durchschnitt etwa ein Viertel aller Kinder nichtehelich geboren wird, sind es in den neuen Ländern etwa 55%. Die Angaben reichen von Baden-Württemberg mit 18% bis Mecklenburg-Vorpommern mit 61% (Brandenburg 57%, Gender-Report 2005).

Die männliche Beteiligung an Hausarbeit ist im Osten immer noch höher als im Westen, wenn auch nicht mehr so hoch wie in der DDR. Und mütterliche Berufstätigkeit wird deutlich häufiger akzeptiert, nicht nur als Notlösung. In den bereits erwähnten Allbus-Befragungen gibt es beispielsweise folgendes Statement: „Es ist für ein Kind sogar gut, wenn die Mutter nicht nur Hausfrau ist“. Dem stimmen Ostdeutsche gegenwärtig zu etwa 80% und Westdeutsche zu etwa 45% zu, die Frauen jeweils mehr als die Männer. Die Tendenz der Zustimmung in den letzten 20 Jahren war steigend.

Ganz sicher hat die Selbstverständlichkeit, mit der im Osten traditionelle Familienformen, trotz erhöhten Armutrisikos, ignoriert werden mit DDR-Politik zu tun. Das Gesetz, das



1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter

eheliche und uneheliche Kinder rechtlich gleichstellte, gab es bereits seit 1950, also mehr als 20 Jahre früher als in der BRD. Und Ehegattensplitting oder andere Regelungen, die die Hausfrauenehe unterstützten, gab es nie. Die DDR war zweifellos in dieser Hinsicht der modernere deutsche Staat. Insofern ist nachvollziehbar, dass es in den letzten 20 Jahren auf diesem Gebiet – analog zur „Erwerbsneigung“ – eine Annäherung des Westens an den Osten gab. Wie die Entwicklung hier weitergeht, wie die Frauen sich verhalten werden, die man nicht mehr als DDR-sozialisiert bezeichnen kann, ist abzuwarten. Die neue Literatur wie „Neue deutsche Mädchen“ oder auch „Alphamädchen“ – hier äußern sich ja sowohl im Osten als auch im Westen geborene junge Frauen – erscheint zwar auf den ersten Blick unerhört frisch und dem alten Feminismus haushoch überlegen, aber ich denke, man kann diese Bücher auch als Hilferufe lesen. Als Suche nach verlässlichen Beziehungen (Das trifft auch auf „Feuchtgebiete“ zu). Als Wunsch, dazugehören zu wollen. Nur ist nicht klar, wozu.

Ich möchte in einem zweiten Schritt aber auch noch frau-politische Aspekte erwähnen, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ihren Ausgangspunkt genommen haben. Ich meine die Gender-Mainstreaming-Zeit.

Mit der Unterschrift unter den Amsterdamer Vertrag 1997 hat sich die deutsche Regierung zu Gender-Mainstreaming (GM) bekannt. Das heißt, sie hat sich dazu bekannt, die Auswirkungen ihrer politischen Entscheidungen auf beide Geschlechter getrennt zu analysieren, und zwar bevor die Entscheidungen getroffen werden. Es geht also um eine Methode, die Geschlechtergerechtigkeiten bewusst machen bzw. verhindern soll, außerdem um eine Methode, die „von oben“ angewiesen wurde und die seit 1999 auch in der Geschäftsordnung der Bundesregierung verankert ist.

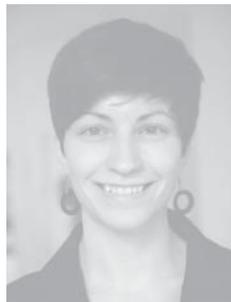
Nach meiner Wahrnehmung gingen die Reaktionen auf dieses Konzept in der Öffentlichkeit zunächst in zwei Richtungen. Zum Ersten gab es immer Frauen und Männer, die GM für wichtig, richtig und bitter notwendig hielten (ich gehörte

zunächst nicht dazu). Zum Zweiten gab es harsche Kritik und auch Misstrauen. Die einen meinten, hier würden Selbstverständlichkeiten mit neuen Worten und hohen Kosten aufgewärmt. Und dass es selbstverständlich sein müsste, dass Entscheidungsträger die Folgen ihrer Entscheidungen abzuschätzen haben, ist ja auch nicht vom Tisch zu wischen. Die anderen meinten, GM sei die neue und nun europaweite Ausrede, um Frauenförderung abzuschaffen. Auch dafür ließen sich Belege finden. Zahlreiche Frauenzeitschriften stellten ihr (papiernes) Erscheinen ein, zahlreiche Frauenbeauftragte wurden eingespart oder erhielten zusätzliche Ressorts. Zur Kritik gehörte auch, dass Wege und Ziele von GM undurchsichtig seien, so undurchsichtig wie die Europapolitik mit ihrem komplizierten Institutionen-Mix insgesamt. Alles in allem blieb das öffentliche Interesse in den ersten GM-Jahren begrenzt. Die Agenda 2010, die wohl bedeutendste politische Entscheidung der letzten Jahre, war nachweisbar nicht gegendert, bevor sie in Kraft trat.

Dann aber, konkret seit Ende 2005, schien GM die deutsche Kultur zu bedrohen. Seitdem übertrafen sich Zeitungen wie Spiegel, Stern, Frankfurter Allgemeine, also Zeitungen mit hoher Auflage, aber auch Online-Magazine und andere Veröffentlichungen im Internet mit abenteuerlichen Behauptungen zu diesem Thema. Mit der Auseinandersetzung um den Begriff wurde nicht selten eine z. T. sehr unsachliche, geradezu lächerlich-gehässige Debatte geführt.

Für mich ergibt sich aus alledem die Frage: Wieso wird ein Konzept, das jahrelang in den Medien eher beiläufig erwähnt wurde, plötzlich so bekämpft? Woraus resultieren die plötzlichen Ängste, die aus einigen Beiträgen sprechen, Ängste vor Feminismus im Allgemeinen und vor der Veränderung der Geschlechterordnung im Besonderen? Es scheint kein Geschütz zu groß zu sein. Müssen wir daraus nicht schließen, dass sich in Deutschland in den letzten reichlich drei Jahren etwas getan haben muss, das die Geister wach gerüttelt hat?

Es gibt aber in den letzten Jahren keinen neuen aufsehen-



1989 bis 2009 – Rückblick und Bilanz

Dr. Ursula Schröter

erregenden Ansatz im Feminismus. Und dass der Kommunismus im Vormarsch ist, kann ich auch nicht sehen. Ich kann mir den überraschenden medialen Aufschrei nur so erklären, dass von der seit Herbst 2005 im Amt befindlichen Ministerin befürchtet wird, dass sie tatsächlich etwas bewegen könnte in der Gleichstellungspolitik, in der öffentlichen Kinderbetreuung, in der männlichen Verantwortung für Familie. Offensichtlich werden mit dem Familienprogramm (aus meiner Sicht bescheiden genug, einseitig genug und noch lange nicht auf dem Niveau, das der 7. Familienbericht vorgeschlagen hat) schon die traditionellen Geschlechterrollen infrage gestellt. Angst macht ganz bestimmt auch, dass es nicht irgendeine Frauengruppe ist, die sich seit Ende 2005 zu Wort meldet, sondern eine Ministerin, top-down. Und auch noch eine Ministerin, die in jeder Hinsicht ins Bild passt. Der Verdacht, dass die Medienkampagne mit dieser einen Person und ihrer Macht zu tun hat, hat sich bei mir gefestigt, nachdem ich 2007 in der Jungen Freiheit, also in der rechten Presse, die Frage gelesen habe: „Was haben Lenin, Mao und Ursula von der Leyen gemeinsam?“ Was dann aus dieser Richtung an Argumenten kommt, ist so haarsträubend, dass ich es nicht für zitierbar halte. Ich selbst habe daraus gelernt, dass etwas dran sein muss an GM, wenn dieses Konzept die konservative Welt so aus der Ruhe bringen kann. Mein Respekt dafür hat sich in letzter Zeit jedenfalls erhöht. Insofern bedaure ich, dass im 6. Regierungsbericht zur Erfüllung der Frauenkonvention an die UNO, Formulierungen enthalten sind, die als regierungsamtliches Abrücken von GM gedeutet werden könnten und auch gedeutet wurden.

Mein Vorschlag ist, das „schmückende Beiwerk“ als Charakteristikum der Frauenpolitik zu verwerfen und über den Motor weiter nachzudenken.

Dabei fällt mir das Verwerfen relativ leicht. Frauen und Kinder machen etwa 75% der Weltbevölkerung aus. Und in Ausnahmesituationen, nach politischen Katastrophen waren es bisher immer Frauen, die dafür sorgten, dass das Leben weitergeht, die dafür sorgten, dass erhalten wird, was aus Frauensicht erhaltenswert ist. Aber auch in Zeiten politischer „Normalität“ – vielleicht kann man die letzten 18 Jahre dazu zählen – haben Frauen wie Rita Süßmuth, Christine Bergmann oder die unvergessene Regine Hildebrandt die dominierende Parteienpolitik nicht unbedingt geschmückt. Warum Motor und wofür Motor – das könnte die Ausgangsfrage für eine neue Veranstaltung sein.

Dazu wäre notwendig, die aktuellen Erkenntnisse in relevanter (ich nenne sie mal feministischer) Literatur zu analysieren. Für mich sind in diesem Zusammenhang zur Zeit die Veröffentlichungen des Hauses der Frauengeschichte Bonn besonders interessant. Die dort aktiven Frauen haben sich zum Ziel gesetzt, Frauengeschichte, nicht nur aus den letzten Jahrhunderten, sichtbar zu machen, auch Symbole aus der Frühgeschichte neu zu deuten oder überhaupt bekannt zu machen. Aber auch die Dekonstruktionstheorie verdient frauenpolitische Beachtung. Der Zweifel an einer klaren Zweigeschlechtlichkeit ist inzwischen ein handfestes praktisches Thema geworden (Eismann, Sonja, Hot Topic. Popfeminismus heute, Mainz 2007). Sowohl eine Gruppe von Transsexuellen als auch eine von Intersexuellen aus Deutschland haben 2008 kritische Berichte für die UNO for-

*** Johanna Wanka:** Die Chancen, die ich bekommen habe, verdanke ich der speziellen Umbruchssituation ... für mich war nur denkbar, dass etwas passiert in der DDR, nach der Glasnost von 1986. Danach habe ich mich politisch engagiert, von Anfang an. Ich hab' gute Chancen bekommen und auch ein Stück weit Glück gehabt.

Bleibt noch die Bilanz. „Schmückendes Beiwerk oder Motor der Entwicklung?“ Ich gehe davon aus, dass diese Frage eher rhetorisch gemeint ist. Nachdenken müssen Frauen vor allem über die Entwicklungsrichtung der Politik. Wenn es um Militäreinsätze, um Bankenrettung, um Umweltzerstörung, um technischen Machbarkeitswahn geht, dann müssen Frauen und ihre Politik nicht auch noch antreibender Motor sein. Andererseits können Motoren auch bremsen und insofern Voraussetzung für eine Richtungsänderung sein.

muliert. Und dann, wie gesagt, die Literatur der sehr jungen Frauen. Warum betonen sie so auffällig, dass sie noch Mädchen sind? Hier gäbe es aus meiner Sicht viel zu lernen für die Motorfunktion von Frauenpolitik.

Und natürlich müssten wir uns auch über die wenigen Hoffnungsschimmer in der dominierenden Parteienpolitik austauschen. Wo stoßen die „eigenen Götter“ wie Kapitalismus und Patriarchat an ihre Grenzen, wo gibt es Inseln, die Hoffnung machen? Das alles beim nächsten Mal.

Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

Dr. Barbara Stiegler

1. Wo liegen die Probleme im Geschlechterverhältnis?

Weltweit gibt es eine materielle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Wenn Frauen auch über 50% Anteil an der Weltbevölkerung haben, so liegt ihr Anteil an der insgesamt geleisteten Arbeit schon bei 65%. Allerdings haben sie nur 10% Anteil am Einkommen und 1% Anteil am Eigentum. In Deutschland sind die Geschlechterverhältnisse nicht ganz so krass, aber dennoch skandalös.

Lohndiskriminierung ist ein europaweites Problem. Die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen werden zwischen 15 und 25% beschrieben. Es ist jedoch von Bedeutung, welche Entgelt Differenz zwischen Männern und Frauen man überhaupt zugrunde legt. Damit wird die Perspektive, mit der man die Geschlechterverhältnisse untersucht, festgelegt: Man kann für Deutschland Einkommensdifferenzen feststellen von 42% (Erwerbseinkommen im Lebenslauf), 24% (durchschnittliches Einkommen bei Volltagserwerbsarbeit) und immer noch 12% (Einkommen bei gleichem Alter, Berufserfahrung, Betriebszugehörigkeit und gleichem Beruf). Vergleicht man die im Laufe eines Erwerbsarbeitslebens erreichten Einkommen zwischen Männern und Frauen, so kommt man bei den Frauen in Westdeutschland auf einen Anteil von 42% des Männereinkommens, bei den Frauen in Ostdeutschland immerhin auf 70%. Interessant ist, dass Frauen in Westdeutschland, die keine Kinder haben, etwa 84% dessen im Laufe ihres Lebens verdienen, was die Männer verdienen, Frauen in Ostdeutschland 82% (Bericht zur Lohn- und Einkommenssituation von Frauen und Männern 2002, S. 149ff). In diesen Verhältniszahlen spiegeln sich nicht nur die Lohndifferenz zwischen Branchen oder zwischen Berufen, sondern vielmehr auch die Lohneinbußen aufgrund von Teilzeitarbeit und Unterbrechungszeiten. Die Tatsache, dass Frauen im Verlauf ihres Lebens im Westen nur etwa 42% dessen an Erwerbseinkommen erhalten, was Männer erwerben, liegt vor allen Dingen an ihren kürzeren Erwerbsarbeitszeiten. Rentenversicherungspflichtige Männer verbringen etwa 42,6 Jahre innerhalb ihrer erwerbsfähigen Lebensphase in Erwerbsarbeit, Frauen verbringen in ihrer erwerbsfähigen Lebensphase durchschnittlich aber nur 26,1 Jahre im Westen und 36,3 Jahre im Osten in der Erwerbsarbeit. Frauen erreichen demnach nur 69% im Westen und 90% im Osten der entsprechenden Männerarbeitszeiten.



Dr. Barbara Stiegler,

Jahrgang 1948, ist Diplompsychologin und –pädagogin und Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hat drei erwachsene Kinder.

Frauen, die der traditionellen geschlechtlichen Arbeitsteilung in ihren Biografien folgen, verdienen also im Laufe ihres Lebens noch nicht einmal die Hälfte dessen, was vergleichbare Männer verdienen. Direkt von Armut betroffen sind besonders alleinerziehende Mütter. Auch die Tatsache, dass unter den Reichen - definiert als ein Einkommensbezug von 200% des durchschnittlichen Einkommens - nur 7% Frauen sind, belegt die extrem schiefe Verteilung von materiellen Ressourcen zwischen Frauen und Männern.

Frauen sind darüber hinaus viel häufiger im Niedriglohnsektor beschäftigt und der Niedriglohnanteil an allen Beschäftigten beträgt für Frauen 30,5%, für Männer 14,2%.

Von allen Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, sind 68% weiblich.

In Deutschland werden im Jahr (die letzte Zeitbudgetuntersuchung bezieht sich auf 2001) 56 Milliarden bezahlte und 96 Milliarden unbezahlte Arbeitsstunden geleistet - hinzukommen 10 Milliarden Wegestunden.

Die 96 Milliarden unbezahlten Arbeitsstunden verteilen sich ungleich auf Männer und Frauen: So kommen Männer auf durchschnittlich 22,5 bezahlte Stunden in der Woche, Frauen dagegen nur auf 12 bezahlte Stunden. Männer leisten um-

Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

Dr. Barbara Stiegler

gekehrt 19,5 unbezahlte Stunden, Frauen dagegen 30 unbezahlte Stunden in der Woche. Insbesondere dann, wenn Kinder zu versorgen sind, zeigt sich die geschlechtsspezifische Zuordnung der privaten Arbeit deutlich: Egal, ob ihre Partnerin erwerbstätig ist oder nicht und auch unabhängig davon, wie viele Kinder zu versorgen sind, Väter engagieren sich etwa 1½ Stunden pro Tag bei der Hausarbeit, bei den Müttern sind es abhängig von der Anzahl der Kinder zwischen 3 Stunden 50 Minuten und vier Stunden 50 Minuten. Offensichtlich gibt es so etwas wie eine „gläserne Decke“ für Männer in der Beteiligung an der unbezahlten Hausarbeit. In Ostdeutschland ist es sogar zu einer Retraditionalisierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungsmuster in den letzten Jahren gekommen.

Während die unbezahlte Arbeit im Bereich Kleinkinderbetreuung im Moment politisch diskutiert und immer mehr in professionelle Formen überführt wird, wird ein anderer Bereich bislang völlig vernachlässigt, nämlich die private und unbezahlte Pflege von älteren Pflegebedürftigen. Erste Analysen zeigen, dass es sich dabei um ca. 4,9 Milliarden Stunden handelt, ein Arbeitsvolumen, das in etwa 3,2 Millionen Vollerwerbsarbeitsplätzen entspricht (Backes u.a.2008).

Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist entscheidend dafür, dass Frauen insgesamt weniger Erwerbseinkommen erwirtschaften. Eine weitere Ursache liegt in der widersinnigen und relativen Unterbewertung der Sorgearbeit. Schon ein Vergleich der Stundenlöhne zeigt: Während es für die Pflege alter Menschen ca. 12,44 Euro Stundenlohn gibt, gibt es für die Pflege technischer Anlagen bei gleichem Ausbildungsniveau schon 15,47 Euro. Und

Schwarzarbeit; in semiprofessioneller und in professioneller Weise ist sie relativ niedrig bezahlt.

Am Beispiel einer Care-Arbeits-Karriere will ich zeigen, welchen widersinnigen Bewertungen die notwendige private Sorgearbeit unterliegt.

Erhard ist Sohn einer feministischen Mutter. Er wird so erzogen, dass er sich unabhängig von Geschlechterrollenstereotypen entwickeln kann. So spielt er schon früh mit Puppen und als er 12 Jahre alt ist, geht er, um sein Taschengeld aufzubessern, Babysitten. Für diese Care-Arbeit bekommt er 3,50 EURO in der Stunde. Er möchte gerne einen der möglichen Sorgeberufe (traditionelle Frauenberufe) ergreifen: Würde er als Kinderpfleger arbeiten, bekäme er ca. 1.700 Euro, würde er als Krankenpfleger arbeiten, bekäme er ca. 2.100 Euro und würde er als Altenpfleger arbeiten, bekäme er ca.1.900 Euro.

*** Johanna Wanka:** Wir haben eine Riesenchance in der kommenden demografischen Entwicklung. Frauen werden dringend gebraucht ... und gerade die gut ausgebildeten Mädchen ... ich wünsche mir ein bisschen mehr Optimismus über das, was erreicht worden ist.

Kümmern, Sorgen, Betreuen und Pflegen, also die Care-Arbeit, wird offenbar unterschiedlich organisiert und bezahlt. Würde er Chemiefacharbeiter werden - oder einen ähnlichen typischen Männerberuf ergreifen – so hätte er mit mindestens 2.400 Euro zu rechnen.

Erhard möchte jedoch Kinderpfleger werden, weil er im Moment am liebsten mit Kindern arbeitet. Schon in der Ausbildung spürt er: Care-Arbeit lohnt sich finanziell nicht. Eine Ausbildungsvergütung gibt es nicht. Wenn er Pech hat, muss er für seine Ausbildung auf einer Fachschule noch ein Schulgeld, ein Aufnahmegeld, Materialgeld sowie Prüfungsgebühren bezahlen. Hätte er einen Beruf aus dem dualen Ausbildungssystem gewählt, so bekäme er zumindest eine Ausbildungsvergütung, als Chemiefacharbeiter etwa 700 Euro. In den Zeiten seines Praktikums arbeitet er umsonst. Solche Praktika gibt es in den dualen Berufsausbildungen nicht.

Erhard hat nach der Ausbildung Glück. Als Kinderpfleger erhält er eine Anstellung im Öffentlichen Dienst und bekommt

*** Dagmar Ziegler:** Wir müssen die jungen Frauen motivieren, sich einzubringen ... aktive Frauen müssen auch wahrgenommen werden in der Bevölkerung ... dafür müssen wir was tun.

die Fähigkeiten, die in der privaten Arbeit erworben werden, gelten aus der Erwerbsarbeitsperspektive überhaupt nichts: Wenn eine Hausfrau und Mutter von vier Kindern den Erwerbsarbeitsmarkt betritt, hat sie allerhöchstens „Jedermanns-Qualifikationen“ erworben, die sie zu keiner Berufsausbildung befähigen.

Sorgearbeit wird entweder gar nicht bezahlt, weil sie privat oder in ehrenamtlicher Arbeit verrichtet wird, oder aber in

zunächst im Monat 1.575 Euro. Für dieses Geld kümmert er sich um mehrere kleine Kinder, versorgt sie, spielt mit ihnen, fördert sie, tröstet sie, sorgt für ihre Körperpflege und berät die Mütter und Väter. Nach einiger Zeit wird er selber Vater und hat ein eigenes Kind, Mia. Selbstverständlich nimmt er die Elternzeit und erhält in diesen 8 Monaten 67% seines Verdienstes dafür, dass er Mia versorgt, mit ihr spielt, sie fördert, tröstet und für ihre Körperpflege sorgt. In seinem Fall sind das circa 900 Euro. Wenn er ein besser verdienender Vater wäre, bekäme er für dieselbe Arbeit bis zu 1.800 Euro. Wäre er im Jahr vor der Geburt des Kindes arbeitslos gewesen, bekäme er aber nur 300 Euro.

Nach dem ersten Geburtstag von Mia ist alles anders: dieselbe Betreuungsarbeit wird auf einen Schlag überhaupt nicht mehr bezahlt. Sie ist nun privat und unbezahlt zu leisten. Je nach der Form der Partnerschaft, in der Erhard mit der Mutter von Mia lebt, hat er unterschiedliche Ansprüche: ist er verheiratet, kann er von seiner Frau ein Taschengeld beanspruchen, sein Unterhalt bemisst sich nach dem Lebensstandard, den sich das Ehepaar leisten kann. Ist er nicht verheiratet, so ist sein Unterhaltsanspruch abhängig vom Einkommen der Mutter: verdient sie gut, hat er Glück, verdient sie wenig, hat er kaum Chancen, von dem Geld, was ihm zusteht, zu leben. Wäre er geschieden, dann wären seine Unterhaltsansprüche noch zusätzlich abhängig von der Anzahl der Kinder, die die Mutter seiner Kinder in der neuen Beziehung zu unterhalten hat, sein Unterhaltsanspruch wird eingereicht in die Anzahl der anspruchsberechtigten Personen.

Nach dem ersten Geburtstag von Mia hat Erhard keine Möglichkeit mehr, als Kinderpfleger zu arbeiten, sein Wunsch nach Teilzeitarbeit wird nicht erfüllt. Er engagiert sich ehrenamtlich, betreut Mutter-Kind- und Vater-Kind-Gruppen, für diese Arbeit bekommt er nichts, nur unfallversichert ist er. Eventuell bekommt er ab dem Jahre 2010 ein Betreuungsgeld, das ca. 300 Euro im Monat ausmachen würde, allerdings nur, wenn er auf einen Krippenplatz verzichtet, eine Bedingung, die er aus pädagogischen Gründen nicht erfüllen möchte.

Als er ein zweites Kind bekommt, beschließt er, Tagesvater zu werden. Nun betreut er seine beiden Kinder und zwei weite-

re, für die er pro Stunde etwa 4 Euro bekommt. Das wären insgesamt ca. 1280 Euro. Teilt man diese Summe durch vier Kinder, ist die Arbeit pro Kind mit etwa 320 Euro vergolten.

Nach einiger Zeit erkrankt seine alte Mutter und wird pflegebedürftig. Zunächst übernimmt er ihre Pflege im eigenen Haus: umsonst. Als die Mutter immer kränker wird, bekommt er das der Mutter zustehende Pflegegeld, bei Pflegestufe I sind das 215 Euro, bei Pflegestufe II 420 Euro und bei Pflegestufe III 675 Euro im Monat. Dieses Pflegegeld setzt aber voraus, dass die Mutter keine weiteren Sachleistungen beansprucht.

Die Spanne, in der die Sorgearbeit finanziell bewertet wird, ist groß: Es gibt keinerlei Bezahlung, z. B. für die Sorgearbeit für Kinder über den ersten Geburtstag hinaus oder für die Pflege einer pflegebedürftigen Person, die nicht in eine Pflegestufe eingepasst ist.

2. Welches sind geschlechterpolitische Zielsetzungen?

Ein wichtiges Ziel ist es, das Denken über die Geschlechter zu hinterfragen: Allein schon die Frage, was eigentlich „Geschlecht“ ist, wird viele befremden. Nichts erscheint sicherer als die Tatsache, dass jedes Individuum ein Geschlecht hat und dass es Männer und Frauen gibt. Das Alltagsverständnis über Geschlecht basiert jedoch auf Annahmen, die durch die neuere geschlechtertheoretische Debatte und durch viele empirische Befunde infrage gestellt werden.

Die Annahme, dass Geschlecht eine rein biologische Tatsache des Menschseins sei und die Geschlechter sich in zwei verschiedene Gruppen differenzieren, findet sich immer wieder und ist sehr verbreitet. Die Geschlechterdifferenz erscheint in die Körper eingelassen und damit unumstößlich und natürlich. Die biologische Betrachtung der Körper oder eine bestimmte Interpretation biblischer Texte, nach der Gott Mann und Frau schuf, begründen diese Grundannahmen.

In den letzten Jahren kamen populärwissenschaftliche Bücher über die Geschlechterdifferenz auf den Markt, die eine solche

*** Kerstin Kaiser:** Ich hoffe, dass wir die Spielräume der Politik ausweiten können in die Gesellschaft ... Gender-Mainstreaming muss aus der Verwaltung hinein in die ganze Gesellschaft. Wir müssen ermöglichen, dass vor Ort Dinge wachsen, dass man dort selbstständig handelt, dass dort die Bewegungsspielräume größer werden.

Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

Dr. Barbara Stiegler

Annahme stützen und zu Bestsellern wurden (z.B. Allen und Barbara Pease 2000). Mit angeblich wissenschaftlichen Belegen werden Unterschiede im Denken und im Verhalten auf körperliche Gegebenheiten von Mann und Frau zurückgeführt. Hirngröße, Hirnstruktur, Hormone und Muskulatur werden gemessen und als eine natürliche Erklärung für Geschlechterdifferenzen angeboten. Hier wird ein Geschlechterbild vermittelt, in dem Körper und Verhalten, Körper und Fähigkeiten und Körper und gesellschaftliche „Bestimmung“ in Eins gesetzt sind: Männer und Frauen werden aufgrund ihrer körperlichen Merkmale eindeutig bestimmt. Vorstellungen dieser Art werden im geschlechtertheoretischen Diskurs als biologistisch bezeichnet, weil sie die Biologie zur Grundlage aller Aussagen über den Menschen machen.

Es gibt eine Reihe von Erkenntnissen aus der Geschichte, der vergleichenden Völkerwissenschaft und aus soziologischen Untersuchungen, die den populären Biologismus in der Geschlechterfrage infrage stellen: Geschlecht ist danach ein „Konstrukt“, das durch historische, kulturelle, ökonomische und spirituelle Momente bestimmt werden kann und bestimmt wird.

3. Welche Strategien zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit gibt es?

Bei der **Antidiskriminierungsstrategie** geht es um die Beseitigung jeder Form von Benachteiligung, von Nichtbeachtung, von Ausschluss oder von Ungleichbehandlung einzelner Menschen oder Gruppen aufgrund ihnen angelegter oder in einem bestimmten Zusammenhang nicht relevanter Merkmale. Nicht jede Form von Ungleichbehandlung ist eine Diskriminierung, sondern nur die Ungleichbehandlung, die ungerechtfertigt ist.

Geschlechterverhältnisse zeichnen sich durch Asymmetrien aus, die sich, in direkt an das Geschlecht gebundenen Nachteilen ablesen lassen, durch geschlechtsspezifische soziale Ungleichheiten und durch Gewaltverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Die Antidiskriminierung bezieht sich zunächst auf die Asymmetrien, die an das Geschlecht individuelle Nachteile knüpft, die indirekte Diskriminierung bezieht sich auch auf geschlechtsspezifische soziale Ungleichheiten, die zwischen den Geschlechtergruppen zu finden sind. Diese Ungleichheiten werden durch sozial-strukturelle Arrange-

*** Dagmar Ziegler:** Wir haben noch viele Aufgaben vor uns ... es lohnt sich, um Inhalte zu streiten. Ich bitte jedoch um mehr Ehrlichkeit in der nächsten Legislaturperiode ... , wenn wir darum streiten, wo das Geld dafür herkommen soll.

Traditionelle Geschlechterkonzepte bezeichnen Geschlechter als:

Dual: Es gibt nur zwei Geschlechter.

Polar: Männliches ist Weiblichem entgegengesetzt.

Hierarchisch: Männliches ist Weiblichem überlegen.

Alternative Geschlechterkonstrukte bezeichnen Geschlechter als:

Vielfältig: Es gibt mehr als zwei Geschlechter.

Komplex: Männliches kann Weibliches durchwirken und umgekehrt.

Egalitär: Es gibt keine Über- oder Unterordnung.

ments aufrechterhalten. Die geschlechtsspezifische Ungleichheit von Männern und Frauen, ihre Lebenslagen werden jedoch bei der Antidiskriminierungspolitik immer nur als Rahmenbedingungen gesehen, sie sind nicht selber Ziel der Veränderung. So kann es passieren, dass die Folgenbeseitigung diskriminierender Regelungen zu einer Verfestigung der ungleichen Strukturen führt: Wenn z. B. Teilzeitarbeitsplätze bezüglich des Rentenanspruchs mit Vollzeitarbeitsplätzen gleichgestellt werden, ist dies eine klare Antidiskriminierungsstrategie, da vor allem Frauen Teilzeitarbeitsplätze haben, und Frauen nicht benachteiligt werden dürfen, andererseits wird dadurch aber nicht an der geschlechtlichen Arbeitsteilung selbst gerüttelt, als deren Folge Teilzeitarbeitsplätze mit der entsprechenden Lohnneinbuße von Frauen eingenommen werden.

Eine Antidiskriminierungspolitik zielt also nicht auf die Aufhebung von Macht und Herrschaft im Geschlechterverhältnis. Sie verlangt nicht, dass Frauen und Männer dieselben Arbeiten verrichten. Dies gilt auch für die anderen Merkmale:

Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

Dr. Barbara Stiegler

Antidiskriminierungspolitik bedeutet nicht, dass Behinderte so viele Ressourcen bekommen, dass die gesellschaftlichen Behinderungen völlig abgebaut werden, dass alle Menschen, egal, welchen sozioökonomischen Status sie haben, einen Anspruch auf ein gutes Leben haben, oder dass Migranten oder Migrantinnen willkommen wären und jedwede Förderung bekämen. Vielmehr geht es nur darum, Menschen und Gruppen von Menschen, denen ein bestimmtes Merkmal zugeordnet wird, in bestimmten Rechtssystemen (Arbeitsrecht, Zivilrecht) nicht zu benachteiligen. Antidiskriminierung ist damit nur eine Strategie zur Verhinderung von Ungleichbehandlungen, sie ist reaktiv, und überwiegend einzelfallbezogen.

Die **Strategie der Frauenförderung** setzt an einer anderen Stelle an, sie will durch die kollektive Förderung von Frauen gegen strukturelle Defizite angehen, entwickelt korrigierende Programme und ist eine direkte Intervention kompensatorischer Art im Interesse einer Gruppe von Frauen.

Frauenförderung ist ein Ansatz, der wenigstens für den Öffentlichen Dienst in Deutschland gesetzlich verankert werden konnte. Frauenförderung setzt an den kulturellen Geschlechterbestimmungen (Gender) an und zielt auf Personen, die im Sinne einer traditionellen Weiblichkeit behandelt, sozialisiert

oder als solche wahrgenommen werden. Frauenförderung bezieht sich immer auf eine bestimmte Gruppe von Frauen, die als solche besonders definiert wird: auf Mütter, Ehefrauen, pflegende Töchter, auf Frauen in unteren Positionen von Hierarchien oder in spezifischen Berufen. Die Frauenförderung basiert zunächst auf der Analyse der Beteiligung der Geschlechter in den verschiedenen Positionen und Bereichen, also auf einer Analyse der Geschlechterdifferenzen und ihrer Bewertung. Frauenförderung besteht dann in einer direkten Aktion oder einer direkten Regelung, um Benachteiligungen dieser Gruppe zu überwinden. Frauenförderung hat eine systemimmanente Zielrichtung. Frauenfördermaßnahmen sind Strategien, die bisherige Diskriminierungen und Ausschlüsse von Frauen wegen ihres Geschlechts und ihrer Geschlechterrolle rückgängig zu machen versuchen. Eine konsequente Frauenförderung bedeutet, dass das Geschlecht für die Besetzung von Positionen, für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und für die Entlohnung keine Rolle mehr spielt. Nach wie vor werden die Frauen, die aufgrund der Verhältnisse diskriminiert sind, zur Zielgruppe von Maßnahmen werden. Frauenförderung dient dem Ziel, Frauen und Männer innerhalb der Organisation oder innerhalb eines Bereiches gleichzustellen. Sie verändert die normativen und realen Rahmenbedingungen zunächst nicht. Zur Gleichstel-



Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

Dr. Barbara Stiegler

lung der Frauen ist in der Regel eine direkte „Bevorzugung“ notwendig, die aber genau betrachtet nur ein „Nachholen“ vorenthaltener Chancen gegenüber Männern ist. Allgemein kann man sagen, dass spezielle Maßnahmen für Frauen in bestimmten Lebenssituationen solange nötig sind, wie die differenten und hierarchischen Geschlechterverhältnisse noch so signifikant wirken.

Frauenförderung als geschlechterpolitische Strategie ist zielgruppenbezogen und gestaltend, sie bezieht sich auf Planungen und die Durchführung von Maßnahmen.

Gender-Mainstreaming ist das umfassendere Instrument, um geschlechterpolitische Ziele zu erreichen. Der konzeptionelle Anspruch ist sehr hoch und im Moment wird er höchst selten eingelöst. Gender-Mainstreaming ist etwas anderes als „Sex“-Counting, („Männer und Frauen zählen“) und beschränkt sich nicht auf Pilotprojekte oder die Einführung von Checklisten.

Gender-Mainstreaming ist eine Strategie, die zunächst in den Debatten der Frauen um die Entwicklungspolitik entstanden ist. Sie findet sich wieder in den Dokumenten der internationalen Frauenkonferenzen sowie auf der europäischen Ebene. Die Strategie ist ausschließlich für Organisationen geeignet. Die Umsetzung von Gender-Mainstreaming soll in solchen Organisationen erfolgen, die im weitesten Sinne Politik machen, seien es Ministerien, Behörden, kommunale Ver-

oben aber vollzogen wird. Allgemein dient die Anwendung dieses Prinzips der Herstellung der Chancengleichheit oder Gleichstellung der Geschlechter durch die Analyse aller Arbeitsbereiche. Das Kernstück von Gender-Mainstreaming ist die Gender-Analyse. Der Gender-Begriff impliziert, dass es um die Geschlechterverhältnisse geht, die kulturell und sozial bestimmt sind und immer wieder hergestellt werden. Besonders entscheidend ist die Frage, wie die gesellschaftlichen Strukturen, die unter anderem durch den Mainstream der politischen Outputs von Organisationen gestaltet werden, dazu beitragen, dass geschlechtlich konnotierte Lebens- und Arbeitsweisen sich immer wieder reproduzieren. In Gender-Analysen geht es um die Frage nach den jeweils spezifischen Verstärkungen von geschlechtlich konnotierten Lebens- und Arbeitsweisen, die wiederum nicht von jedem Mann und jeder Frau übernommen werden müssen. Der Gebrauch des Gender-Begriffes legt nahe, nicht mehr nur nach geschlechtsspezifischen Merkmalen zu suchen. Die gefundenen Differenzen zwischen den Geschlechtern werden nämlich zu leicht auf den Aspekt von Geschlecht, der mit der biologischen Bestimmung gemeint ist, bezogen und verführen dazu, für die bestehenden Geschlechterverhältnisse natürliche Ursachen anzunehmen. Vielmehr geht es auch um Mechanismen, die kulturell bestimmte Regeln für Personen eines Geschlechtes beinhalten. Diese Wende in der Blickrichtung der Analyse, also die Frage nach den Mechanismen, die dazu führen, dass

*** Dagmar Ziegler:** Ich habe mir ein Ehrenamt gesucht, bin politisch aktiv geworden, weil es für mich in der Wende nur einen Schritt nach vorn gab ... hier musst du was tun, du kannst nicht nur zu Hause sitzen und dich beklagen.

waltungseinheiten, Verbände, Vereine oder Gewerkschaften, aber auch Bildungsinstitutionen wie Schulen, Hochschulen oder Volkshochschulen. Alle diese Organisationen sind im weitesten Sinne demokratisch legitimiert gesteuert und kontrollierbar. Sie beeinflussen die Lebensbedingungen und regeln direkt oder indirekt auch die Geschlechterverhältnisse. Innerhalb der Organisation lässt sich klar beschreiben, wer handeln soll: die leitenden Personen an der Spitze, aber auch die MitarbeiterInnen in diesen Organisationen.

Gender-Mainstreaming ist ein Prinzip zur Veränderung von Entscheidungsprozessen, ein konzeptionelles Instrument. Es ist eine systematisierende Verfahrensweise, die innerhalb der Entscheidungsprozesse von Organisationen von oben nach unten (top-down) implementiert wird, von unten nach

genderspezifische Lebens- und Arbeitssituationen für Personen des einen und des anderen Geschlechtes überhaupt entstehen können, bildet den Kern von Gender-Analysen.

Eine Gender-Analyse bedeutet also nicht nur, nach der Differenz zwischen einer Gruppe von Männern und Frauen zu fragen, sondern auch, in welcher Weise diese Differenz hergestellt wird und welchen Beitrag die Strukturen und Mechanismen, deren Wirkungen man gerade vor Augen hat, dazu leisten. Eine Gender-Analyse fragt nach dem „doing gender“ der Organisation und ihres Outputs.

Gender-Mainstreaming ist die weitreichendste Strategie, weil sie gesellschaftspolitische Analysen in allen Bereichen zur Frage der Geschlechterverhältnisse vornimmt. Im Querschnitt werden alle Strukturen auf ihre Auswirkungen

Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

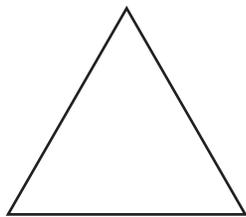
Dr. Barbara Stiegler

untersucht, auch ohne dass eine konkrete Ungleichbehandlung oder ein Defiziterlebnis von einer bestimmten Person vorliegt. Vielmehr geht es darum, Rahmenbedingungen zu analysieren und zu verändern, die die Geschlechtergruppen und damit auch einzelne Individuen benachteiligen. Diese geschlechterpolitische Strategie ist gestaltend auf Rahmenbedingungen für Geschlechterverhältnisse bezogen.

4. Geschlechtergerechtigkeit - Perspektiven 2020

Geschlechterpolitische Zielsetzungen lassen sich in drei Dimensionen formulieren:

Geschlechtergerechtigkeit herstellen



**Geschlechtergrenzen
verflüssigen**

**Strukturen verändern,
die Geschlechter-
ungleichheit erzeugen**

Wenn unsere Gesellschaft in Zukunft nach allen drei Zieldimensionen verändert würde, hieße das konkret:

Die Ressourcen Geld, Arbeit und Macht sind zwischen den Geschlechtern gleich verteilt. Niemand ist aufgrund seiner/ihrer Geschlechtszugehörigkeit arm. Die Spaltung des Erwerbsarbeitsmarktes ist aufgehoben, es gibt keine typischen Männerberufe und keine typischen Frauenberufe mehr. Alle Machtpositionen, vor allem die in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind paritätisch mit Frauen und Männern besetzt.

Die Fürsorgeorientierung prägt nicht nur das Privatleben oder ist der Familie vorbehalten. Sie wird auch zum Prinzip des Wirtschaftens. Produktion und Dienstleistungen dienen einem guten Leben für alle Menschen.

Alternative Konzepte von Geschlecht sind weit verbreitet. Es zählt nicht die Differenz zwischen den Geschlechtern, sondern ihre Gemeinsamkeit und langfristig spielt es gesellschaftlich keine Rolle, ob jemand männlich oder weiblich ist. Es gibt keine geschlechtsbezogene Diskriminierung oder Privilegierung.

Alle Strukturen und Mechanismen, die Benachteiligungen über die Geschlechtszugehörigkeit bedingen, sind verändert. Gender-Mainstreaming gehört zum üblichen Handeln von Organisationen, die damit die Wirkungen ihrer Maßnahmen auf die Geschlechtergerechtigkeit hin überprüfen.

Weitere Infos unter: www.fes.de/gender

Literatur:

- Backes, Gertrud M., Amrhein, Ludwig, Wolfinger, Martina, 2008: *Gender in der Pflege Herausforderungen für die Politik. Expertise für die Friedrich Ebert Stiftung, Bonn*
- Bäcker, Gerhard, Koch, Angelika, 2003: *Mini- und Midijobs als Niedrigeinkommensstrategie in der Arbeitsmarktpolitik: „Erfolgs-story“ oder Festschreibung des geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarktes? WSI-Diskussionspapier Nr. 117, Düsseldorf Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Textband. Erstellt von der Bietergemeinschaft WSI in der HBS, inifes, Forschungsgruppe Tondorf, 2001, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8952*
- BMFSFJ, Statistisches Bundesamt, 2003: *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/2002, (Berlin, Wiesbaden)*
- DIW-Wochenbericht, 2005: *Frauen in Führungspositionen vom 19.01.*
- Hinz, Thomas, Gartner, Hermann, 2005: *Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben, in: IAB discussion paper Nr. 4, 2005*
- Hirschel, Dierk 2005: *Einkommensreichtum und seine Ursachen, in: WSI Mitteilungen 2, S. 104-112*
- Knapp, Gudrun-Axeli 2005: *„Intersektionalität“ – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „race, class, gender“, in: Feministische Studien, 1, S. 68-82*
- Stiegler, Barbara, 2004: *Geschlechter in Verhältnissen – Denkanstöße für die Arbeit in Gender-Mainstreaming Prozessen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn*
- Stiegler, Barbara, 2005: *Antidiskriminierung – Erschöpfung in der Geschlechterpolitik? Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn*
- Stiegler, Barbara, 2007: *Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive WISO direkt, Friedrich Ebert Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik*

Auf dem Weg zur Gleichstellung

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

Nach dem Impulsreferat „Perspektiven 2020“ und der Mittagspause gab es Gelegenheit, in fünf verschiedenen Workshops frauen- und gleichstellungspolitische Forderungen zu diskutieren sowie die Forderung des Frauenpolitischen Rates nach einem Gleichstellungspolitischen Landesprogramm inhaltlich zu untersetzen. Die Workshops wurden moderiert von: Martha Czosnowski, Angela Erdt, Ska Keller, Christa Menz und Kathrin Balke in Zusammenarbeit mit Julia Stoppa. Die Workshopteilnehmerinnen brachten engagiert ihre ganz persönlichen Erfahrungen ein, sie machten auf Missstände im Land aufmerksam und entwickelten Visionen für die Gegenwart und Zukunft. Von vielen Teilnehmerinnen wurde es sehr positiv aufgenommen, dass zum ersten Mal in der Mehrzahl junge Frauen die Moderation der Arbeitsgruppen übernommen hatten. Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung wurden abschließend in einem Podium präsentiert.

Existenzsicherung von Frauen in Brandenburg

Gar nicht überraschend war, wie viele Teilnehmerinnen sich für diese Arbeitsgruppe interessierten. Ist die Existenzsicherung von Frauen doch ein Thema, das allen – Jung und Alt – auf den Nägeln brennt. Die Anwesenden setzten sich mit der

Studienplätze in Brandenburg in den von Frauen gewünschten Fachrichtungen anzubieten.

Politische Partizipation

Nicht nur im Superwahljahr 2009 gilt, dass mehr Frauen als bisher in Gremien und politischen Funktionen vertreten sein müssen. Das ist durch Maßnahmen wie Quotierung, Mentoring, Netzwerke und Solidarität untereinander genauso zu fördern, wie durch eine gezielte Ansprache geeigneter und vor allem junger Frauen frühzeitig und langfristig in die Wege zu leiten. Es sollte Angebote zur Qualifizierung für politische Ämter geben und frauenpolitische Netzwerke und Verbände sind finanziell kontinuierlich zu fördern. Wesentlich ist, die Interessen junger Frauen und von Frauen mit Migrationshintergrund stärker zu erkunden und zu berücksichtigen. Migrantinnen sollen intensiver als bisher in Fraueninitiativen einbezogen werden und die Hilfe zur Selbsthilfe für Migrantinnen ist zu intensivieren. Allgemein gilt, dass gerade für Frauen die Zugangsbarrieren bei politischem Engagement abzubauen sind. Das ist durch mehr Bürgernähe, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und vor allem Wertschätzung sowie Honorierung von weiblichem Engagement zu erreichen.

*** Johanna Wanka:** Es gibt strukturelle Behinderungen für Frauen und da hat Politik die Verantwortung, was zu ändern ... und das ist nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber sehr stark ist es das ... und im Universitätsbereich haben wir was gemacht ... und ich finde, es geht viel über Geld aber was macht man sinnvoll? Wir sind das Bundesland mit dem höchsten Frauenanteil bei den Immatrikulationen ...

These - Brandenburg hat eine Vorreiterstellung in bezug auf Gleichstellungsmaßnahmen im Bereich Arbeitsmarktpolitik – warum sind wir trotzdem nicht zufrieden auseinander? Immer wieder wurde eingefordert, geschlechtsunabhängig und im gesamten Bundesgebiet den gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen. Als weitere frauenpolitische Maßnahme sind Mindestlöhne oder noch besser Existenzgeld zu vereinbaren und zu zahlen. Außerdem ist der Zugang zu gut dotierten Stellen für Frauen (u.a. durch Quotenregelungen) zu verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zumindest in der öffentlichen Verwaltung zu erleichtern. Um Frauen frühzeitig auf das Berufsleben vorzubereiten, ist es nötig, eine geschlechtergerechte Berufsberatung durchzuführen – nicht nur um tradierte Rollenbilder zu durchbrechen – und mehr

Stadt- und Regionalentwicklung, ländlicher Raum

Eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen, Vorschriften und Satzungen regeln die Raumordnung, die Landes-, Regional- und Bauleitplanung. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Gender-Mainstreaming auch für die Raumentwicklungspolitik eine vordringliche Aufgabe ist und zu diesem Thema hoher Informations- und Forschungsbedarf besteht. Übereinstimmend wurden von allen Teilnehmerinnen gleichwertige Lebensverhältnisse sowohl im Berlin nahen als auch im Berlin fernen, im ländlichen und städtischen Raum gefordert. Dabei liegt die Betonung auf gleichwertigen, und nicht auf gleichen Lebensbedingungen. Die vorhandenen Planungen

Auf dem Weg zur Gleichstellung

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

und –prozesse müssen auf ihre Gendertauglichkeit überprüft und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Geschlechter besser als bisher berücksichtigt werden. Dazu ist es notwendig, Frauen stärker in Planungsprozesse einzubeziehen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, sich mehr als bisher einzubringen. Das erfordert eine andere Form der Beteiligung und der Moderation. Um den Forderungen auch die Chance der adäquaten Umsetzung einzuräumen, ist Gender-Budgeting eine wesentliche Grundlage. Und nicht nur das – auch Statistiken müssen geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigen und ausweisen.

Gewalt und Gesundheit

Zu Beginn wurden zwei Fragen diskutiert: Ist im Bereich Gewalt gegen Frauen inzwischen genug getan worden? Hat häusliche Gewalt langfristig Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen? Es wurde festgestellt, dass das Land Brandenburg durch den „Landesaktionsplan“ und den „Maßnahmekatalog“ bereits gut aufgestellt ist. Trotzdem sollten die Institutionen weiter nach dem Prinzip „Spezialzuständigkeiten“ und Ansprechpartner – ähnlich den Opferschutzbeauftragten bei Polizei, Justiz, medizinischen Einrichtungen, Jugendäm-

menfassend wurde festgestellt, dass häusliche Gewalt nicht nur Gefahr für die Gesundheit bedeutet, sondern lebensbedrohlich für Frauen und ihre Kinder ist.

Bildung

Am Beginn dieses Workshops wurden die Erwartungen der Teilnehmerinnen erfragt: Diskutiert wurden daraufhin u.a. die lebenslange Bildung und die Gleichberechtigung in der Bildung, da Jungen immer öfter als Bildungsverlierer erscheinen. Um diesem Phänomen zu begegnen, das durch die „väterlose“ Gesellschaft verstärkt wird, wird gefordert, Männer im Betreuungs- und Bildungsbereich verstärkt einzusetzen. Ein weiterer Vorschlag ist, geschlechtersensible Rahmenlehrpläne zu erarbeiten und neben frühzeitiger Berufsorientierung auch Wert auf Sexualerziehung und Naturwissenschaften zu legen. Mädchen soll in einigen Fächern (Sport, Biologie) zur Stärkung ihres Selbstbewusstseins nach Geschlechtern getrennter Unterricht angeboten werden. Insgesamt wurde der Bildung ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt und hervorgehoben, dass diese nicht von den finanziellen Möglichkeiten und dem kulturellen Hintergrund der Eltern abhängig sein darf. In Brandenburg ist es außerdem unabdingbar, gerade



tern – ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen Fachkräfte informiert, sensibilisiert, qualifiziert und auch entsprechend honoriert werden. Die Finanzierung von Frauenhäusern ist als Pflichtaufgabe anzusehen, damit der Beitrag der Opfer für die Unterbringung entfallen kann. Eine breitere Umsetzung des Curriculums für die Familienbildung „Hintergründe und Auswirkungen häuslicher Gewalt“ muss noch mehr Berücksichtigung finden. Es fehlen Anti-Gewalt-Trainingsprogramme für Jungen und männliche Jugendliche sowie Angebote zur Verhaltensänderung für Gewalttäter. Positive Erfahrungen aus dem Bereich Täter-Opfer-Ausgleich sollten stärker auf den Bereich häusliche Gewalt angewendet werden. Zusam-

junge Frauen durch die Schaffung von geeigneten Berufsperspektiven und Studienmöglichkeiten im Land zu halten. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auch der Integration von jungen Migrantinnen zu schenken und die geschlechtsspezifische Berufsorientierung beispielsweise in Arbeitsagenturen ist weiter aufzubrechen.

Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für Brandenburg

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 11. Oktober 2008

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V., Zusammenschluss von 23 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg fordert, die Landesregierung und den Landtag auf, im Dialog für das Land Brandenburg ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm zu entwickeln mit dem Ziel, die bestehenden strukturellen Benachteiligungen für Mädchen und Frauen abzubauen und die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Das als Strategiepapier zu entwickelnde Rahmenprogramm ist mit einem entsprechenden Maßnahmenplan zu ergänzen.

Zu den einzubeziehenden Handlungsfeldern gehören u. a.:

- Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Frauen.
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen mit dem Ziel einer eigenständigen Existenzsicherung.
- Vorschulische, schulische und berufliche Bildung, Weiterbildung, Hochschule.
- Implementierung von Gender- Mainstreaming und Gender-Budgeting.
- Zielgruppenorientierte Förderprogramme für Frauen.
- Abbau von Gewalt gegen Mädchen und Frauen.
- Gesundheit von Mädchen und Frauen.
- Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (Kindererziehung und Pflege älterer Menschen).
- Soziale Gerechtigkeit insbesondere für alleinerziehende Frauen, ältere Frauen und Frauen mit Behinderung.
- Stadt- und Regionalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen im ländlichen Raum.
- Politische Partizipation von Frauen.
- Gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund an Bildung und Erwerbsleben.
- Recht auf Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund.

- Institutionelle Förderung / strukturelle Verankerung von Angebotsformen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen.
- Stärkung des Amtes der Landesgleichstellungsbeauftragten.
- Aufbau handlungsstarker Strukturen innerhalb der Landesregierung, Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe.

Begründung

Wie in der im Mai 2008 durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie veröffentlichten „Studie zur Lebenssituation von Frauen in Brandenburg“ sowie im Bericht der Landesregierung an den Landtag zur „Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik des Landes“ am 10. Juli 2008 deutlich wird, steht die aktive Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter in Brandenburg noch am Anfang. Frauen- und gleichstellungspolitische Strukturen wurden in der Vergangenheit eher ab- als aufgebaut. Förderprogramme für Frauen und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung wurden und werden punktuell aufgelegt, lassen die Einbindung in ein Gesamtkonzept aber vermissen. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist bisher zu sehr im zuständigen Ministerium verhaftet. Gleichstellungspolitik ist Querschnittsaufgabe und demnach in allen Ressorts zu verankern. Auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation, die anhaltende Abwanderung junger Frauen und die demografische Entwicklung müssen Ziele festgelegt werden, deren Erreichung überprüfbar ist. Um die tatsächliche Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik im Land Brandenburg voranzutreiben, bedarf es einer umfassenden ressortübergreifenden strategischen und inhaltlichen Planung. Die Handlungsempfehlungen der o. g. Studie sowie die im Bericht der Landesregierung aufgezeigten Handlungsbedarfe bilden dazu eine gute Grundlage.

*** Kerstin Kaiser:** Mich ärgert, dass Frauenpolitikerinnen in allen Fraktionen sich einig sind, dass das nicht o.k. ist, wir haben es aber nicht geschafft, für die Veränderungen die Parlamentsmehrheit zu bekommen ... dieses Thema (Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Personalschlüssel in Kitas – Anm. d. Red.) positiv voranzubringen. Die Frage von (Frauen-) Quoten ist keine Frage von Kompetenz, sondern von gesellschaftlicher Teilhabe, von Macht.

Ausgewählte Beiträge weiterer Veranstaltungen im Rahmen der 19. Brandenburgischen Frauenwoche

Im Rahmen der 19. Brandenburgischen Frauenwoche, die in der Kernzeit vom 5. bis 15. März 2009 stattfand, nahmen ca. 18.400 TeilnehmerInnen an den rund 380 Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Land Brandenburg teil. Themenschwerpunkte bildeten dabei die bevorstehenden Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, das 20-jährige Jubiläum des Mauerfalls, das diesjährige Europäische Jahr der Kreativität und Innovation sowie Frauengeschichte und -gesundheit und die Strategien des Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting.

Mit Blick auf das Superwahljahr 2009 wurde in vielen Veranstaltungen und Gesprächsrunden über eine höhere politische Beteiligung von Frauen debattiert, im 20. Jahr nach dem Mauerfall spielte das Thema Frauengeschichte in einem Großteil der Veranstaltungen eine Rolle. Zum vielfältigen Programm der Frauenwoche zählten neben Fachtagungen, Fortbildungsveranstaltungen, Workshops und Ausstellungen auch in diesem Jahr wieder Buchlesungen, Konzerte sowie Film- und Theatervorstellungen, die vorrangig von Künstlerinnen aus der Region gestaltet wurden.

Neue Lebenswege gesucht

Alternative Modelle des Tätigseins von Frigga Haug in Cottbus vorgestellt



Erwerb, Reproduktion, Politik und Kultur - für jede dieser Lebenskomponenten sollten nach dem von Frigga Haug in Cottbus vorgestellten Modell täglich vier Stunden aufgewendet werden.

Ein Ausläufer des Berliner Attac-Kongresses hatte am Samstag die Cottbuser Frauenwoche erreicht. Die Sozialforscherin Frigga Haug, eine tschechische Ökonomin, sprach über die Kraft dieser Veranstaltung für einige Stunden um ihre Utopie einer "alternativen Perspektive" zu diskutieren und zu diskutieren. Sie zielt auf die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Gemeinwohlswerten ab. Entwicklungschancen der Geschlechter sind eine zentrale Frage. Jede der vier Tätigkeiten ist gleichberechtigt. "Durch die Ent-

Produktivkräfte werden nur noch vier Stunden täglich für die Erwerbstätigkeit benötigt. Die Umsetzung könnte so aussehen, dass sich zwei Menschen einen Arbeitsplatz teilen", so die Sozialforscherin und Vordenkerin für alternative und linke Lebens- und Politikmodelle.

Ein weiteres Element soll die Reproduktion sein, die über die eigene Familie hinaus die Sorge um Verwandte, Freunde, Bekannte, Erhaltung der

Glückliche Töchter

Frauentag im „Thalia“ - Eindrücke und Gesp...



„Glückliche Töchter“ schrieb eine Mutter auf einen Zettel für die Pinnwand, auf der die Potsdamerinnen unerfüllte Wünsche äußern konnten. Die Wand war gewissermaßen während der Frauentagsfeier aufgedeckt. Da der Weltfrauentag diesmal auf einen Sonntag fiel, wurde die Feier als Matinee und erstmals im Thalia-Kino veranstaltet, das mit seinen vier Sälen ein reichhaltiges Programm für ein abwechslungsreiches Programm bot. Neben Filmstreifen „Migrantinnen“ von Katharina Riedel, Buchlesungen zum Beispiel mit Christa Kozik, Musik der „Mütter“, Imbiss und Getränken waren für viele Besucherinnen der Matinee großer Bedeutung. Mit fünf Sch...

Plädoyer für Signale des Herzens

Recht im Blicklicht der Brandenburgischen Frauenwoche in Cottbus

Auf die Cottbuser Frauenwoche freut sich Schirmfrau Sigrun von Hasseln-Grindel. „Das ist eine gute Gelegenheit, Gespräche mit vielen Cottbuserinnen zu führen“, erklärt die Vorsitzende Richterin am Landgericht Cottbus.

„Recht ist ein wesentliches Mittel des Zusammenlebens und ganz wichtig in einer Welt, die immer globaler wird“, betont sie. In die Zukunft blickend, kämen immer größere Herausforderungen auf die Menschen aufgrund der zunehmenden Globalisierung zu. „Wir Frauen sind aus der Natur heraus sensibler und haben die Fähigkeit, Signale des Herzens auszusenden“, betont sie. Menschen, die sich geliebt...

Kinder“, erzählt sie. Ihre Erfahrung als langjährige Richterin in Strafprozessen sei, dass brutaler Gewalt von Leuten ausgehe, die keine Liebe empfunden haben.

„Wir Frauen sind aus der Natur heraus sensibler und haben die Fähigkeit, Signale des Herzens auszusenden“, betont sie. Menschen, die sich geliebt...

verbandes der Jugendrechtshäuser Deutschland engagiert sie sich dafür, dass sich die jungen Menschen frühzeitig mit den Werten der Gesellschaft auseinandersetzen. Themen wie Gewalt in der Familie, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Kündigung des Arbeitsverhältnisses oder Konflikte wegen Schwangerschaft bis hin zur Babyklappe sollen in Vorträgen zum Informationsrecht eine Rolle spielen. Deutschen Jugendlichen Fräulein...

Frauenpolitik im Spiegel der Macht

Zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen der 19. Brandenburgischen Frauenwoche in Cottbus



COTTBUS. Unter diesem Motto laden vom 6. bis 22. März insgesamt 28 Veranstaltungen interessierte Frauen und Männer im Rahmen der 19. Brandenburgischen Frauenwoche in Cottbus ein.

„Die Frauenwoche Cottbus gehört zu den positiven Höhepunkten des Jahres, an denen sich viele Menschen begegnen, miteinander kommunizieren und sich helfen“, sagt Schirmherrin und Vorsitzende Richterin am Landgericht Cottbus, Sigrun von Hasseln-Grindel.

Den Auftakt der Veranstaltungsreihe bildet eine Buchlesung mit Gisela Steineckert am 6. März, um 19 Uhr im Stadthaus Cottbus. Die Schriftstellerin schreibt vor allem über und für Frauen, beschreibt poesievoll das Alltagsleben und die zwischenmenschlichen Beziehungen oder betrachtet auf eine humorvoll-satirische Art die Geschlechter. Dass Frauen im Berufsleben oft weniger Verantwortung...

Frauen haben oftmals andere Sorgen wie Männer. Viele dieser speziell weiblichen Probleme sind Gegenstand der Veranstaltungen zur Brandenburgischen Frauenwoche in Cottbus.

Ein weiterer Höhepunkt der Frauenwoche ist ein Vortragsangebot des Deutschen Juristeninnenbundes am 11. März im Stadthaus Cottbus. und auch in Einzelberatungen informieren. Im Mittelpunkt der Vortragsreihe stehen die Themen...

der ins ma- der pu- r- u- e

Die Musetten sorgten auf der Musik.

die Persönlichkeit junger Menschen durch ihre Mitwirkung bei der Gründung des Frauenhauses und ihren Einsatz in der Krebshilfe stadtbekannt. Renate Jungmann (79) hat ihre sechs Jahre ältere Freundin Maria H. mitgebracht, damit sie mal unter die Leute kommt. Sie verleihe ihr Alter in Zufriedenheit, sagt sie. Sie habe die in der DDR-Zeit für Frauen durchaus vorhandenen Bildungs- und Aufstiegschancen genutzt, deshalb bekomme sie jetzt eine vernünftige Rente. Im Gespräch mit den PNN bekräftigte Sabina Scheuerer die positive Grundstimmung unter Potsdams Frauen. So seien die Bemühungen der Stadt anzuerkennen, auf die wieder zunehmende Geburtenrate durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu reagieren. Offene Probleme gebe es dennoch zur Getragte klar.

Im Grad der Arbeitslosigkeit gebe es in Potsdam keine großen Unterschiede zwischen Männern und Frauen, problematisch sei vielmehr die geringe, teils niedrige Bezahlung gerade jüngerer und alleinerziehender Frauen. Die Politik sei gefordert, hier für Änderungen zu sorgen. In der Frauenwoche und der Matinee zum Frauentag werde deshalb besonders auf die in diesem Jahr anstehenden Bundestags- und Landtagswahlen aufmerksam gemacht, für die die Frauen ihre Forderungen artikulieren sollten.

Knallharte Forderungen an die Stadt suchte der Betrachter allerdings am Ende der Veranstaltung, gegen 15 Uhr, mehr allgemeine Wünsche nach einer Mietstopp-Generationengerechter besserer Kinderbetreuung.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Frauenwoche in der Region mit zahlreichen Veranstaltungen

Potsdam - Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hat an Unternehmen und Behörden appelliert, die Führungspositionen für Frauen bereits verbessert. Das familienpolitische Maßnahmenpaket, der Ausbau der Ganztagschulen und ein herausragendes Betreuungsangebot sind starke Pluspunkte in Brandenburg. Es sei nicht hinnehmbar, dass Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Die diesjährige Frauenwoche steht unter dem Motto „Frauenpolitik im Spiegel der Macht - Accessoire oder Motor der Entwicklung“. Bis 15. März sind Fachtagungen, Workshops, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Lesungen sowie Theateraufführungen geplant.

Das süße Leben - aber bitte fair!

19. Brandenburgische Frauenwoche

Nach dem großen Erfolg der letztenjährigen Blumenaktion hat sich das Fürstener Frauenwerk unter Leitung der Gleichstellungsbeauftragten Anne-Gret Trilling in diesem Jahr wieder etwas Besonderes einfallen lassen: den mit einer leckeren Minischokolade belagerten Frauenwochenkalender beschenken. Diese 1.000 Programme zur Frauenwoche aufgefalte, „Wer Glück hat, bekam am Freitag im Fürstener Stadtgebiet ein solches süßes Programm von einer der zahlreichen Mitstreiterinnen des Fürstener Frauenwerkes.“ Man freut sich über die Beschenke und andererseits über die Aufmerksamkeit, die dem Projekt durch die Medien zuteil wird. Und so widmet sich das Thema „Fairer und gesunder Umgang“ auch im umfangreichen Programm zur Frauenwoche in Fürstener Stadt in der 5. bis zum 25. März und zu insgesamt 31 Tagen einlädt. Um gesund und fair zu leben, sind bei zwei geführten Vorträgen im Frauenladensozialraum im Fürstener Stadtzentrum erkunden, was man für eine faire Welt tun kann und diese auch...



„Frauenpolitik im Spiegel der Macht - Accessoire oder Motor der Entwicklung“ widmet sich den vielfältigen Veranstaltungen der Gleichstellungsbeauftragten. Frauen in der Migration - Wege in die Gefahr nach Gesprächsrunde mit drei Expertinnen organisiert. „Frauen mit Behinderung in der Arbeitswelt“ ist der provokante Titel einer Diskussionsrunde, die Elisabeth Aler, Mitglied des Landesausschusses der Landkreise Oder-Spreng initiiert haben. „Wie können wir Frauen helfen?“

Die ehrenamtlich Tätigen eingeladen. Am Samstag, dem 7. März, steigt ab 15 Uhr eine große multikulturelle Party zum Internationalen Frauentag mit Musik, Tanz und Gesang sowie Essen und Trinken. Kiez KOM, Caritas und Jugendclub Nord richten das Fest gemeinsam aus. Die Party dem 8. März, Internationaler Frauentag, abgeordnet.

Frauen nach der Wende und in der Fremde

Dokumentarfilme von Bianca Bodau und Katharina Riedel bei einer Matinee zum Frauentag

Nicht nur einmal begreifen die Frauen Krisen als Chancen und packen, wie die resolute Frau Kramer, als nunmehrige Chefin in der Stadtwirtschaft GmbH Halle, die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen. Deutlich und persönlich zu entwickeln. Deutlich sagt sie, dass sie „in der DDR ihr Potenzial nicht ausgeschöpft und unten geblieben wäre“. Die studierte Mathematikerin Dietze aus Halberstadt weiß genau, wo ihre Geschlechtsgenossen sprichwörtlich ihre Geschäfte mit über 40 die Gelegenheiten ihrer Geschlechtsgenossen sprichwörtlich...



Filmteam von „Migrantinnen“ im Thalia: Maria Petersen (Kamera) Cornelia Klein (Schnitt), Katharina Riedel (Regie), Trang Nguyen (Schnitt), v.l. Foto: Manfred Thomas

Tradition und Eigensinn

Potsdamer Frauen vom 18. bis 20. Jahrhundert hat morgen Premiere



Gründerinnen der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen (2. v. l. sitzend), um 1926.

...tionen über Anna Zielenziger... assant durch den Kontakt mit... ew York noch lebenden Enkel... nfrage an die Gedenkstätte des... sterbork in den Niederlanden... r Informationen über ihren... Vorsitzende des Israelitischen... eins Potsdam war 1943 in die... gekommen.

...geschichte der Frauen verwoben werden. Den Text über die Seidenkultivateurin Anne Marei Baral verfasste Silke Kamp. Die Historikerin, die gerade zur Geschichte der Hugenotten in Potsdam promoviert, stieß bei ihren Recherchen auf viele interessante Materialien über die Nachfahrin französischer Glaubensflüchtlinge, die im 18. Jahrhundert in Potsdam gewirkt hatte. Heide Corber und Jeanette Toussaint

...gruppen - Künstlerinnen oder Wissens... lässt und aufzeigt, ...keiten für Frauen z... 20. Jahrhundert... ebenso ambition... Projekt.

— Buchpremiere... zentrale für p... Stadt... Gisela Damms

Rollenbilder aufbrechen

Podium zum Internationalen Frauentag in Oranienburg

Von Mona Schröder

ORANIENBURG • „Keinen Kaffee-, Kuchen- und Blümchentag“ wünschte sich Gisela Damms gestern im Oranienburger Stadthotel. Zum Internationalen Frauentag diskutierten dort Frauen und Männer gleichermaßen über das Thema Gleichberechtigung. Die Vorsitzende des Kreisverbandes der Volkssolidarität wünschte sich Gisela Damms gestern war es, was der Diskussion der Beteiligten auf dem Weg zur Gleichberechtigung sei in Deutschland „noch eine ganze Menge aufzuholen“, sagte Oranienburger Gleichstellungsbeauftragte Heidrun Szczepanski. In Brandenburg seien in den vergangenen Jahren Strukturen systematisch zerstört worden: Frauenprojekte, denen die Förderung versagt bleibt, ein drastischer Rückgang bei der Zahl der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten und nicht zuletzt die Hartz-IV-Gesetzgebung sorgen dafür, dass Frauen oft versagt bleibe. Wie dieses aussehen kann, zeigte Marlies Schulz, Geschäftsführerin des Hennigsdorfer Zentrums für Höhengeschlechter: „Aus meiner Sicht ist das nichts Außergewöhnliches“, betonte sie auf die Frage, ob sie es schwer habe als Chefin in einem männerdominierten Bereich. Als aus dem Bereich wurde dagegen Torsten Schulz, Sozialpädagoge und Leiter der Kita in Berglede, Er musste sich fast dafür weigern, dass ihn Kita-Mitarbeiterinnen als Leiter gegenüber Bewerberinnen bevorzugen. Dabei sei dies durchaus im Sinne des Gleichsetzes, betonte Szczepanski. Dennoch sind Fähigkeiten von Frauen gefördert werden. Unterzahl ist, darüber sich alle einig. So betonte auch Andreas Marktdirektor der Mittelsachsen Sparkassenverbände, dass „gutmischte“ Teams erfolgreich zusammenarbeiten. Dass diese gute Mischung der Geschlechter nicht an der Tagesordnung ist, zeigt die Versammlung: Neun Frauen sitzen in dem Gremium insgesamt 36 Abgeordnete, das so ist, darüber waren die Meinungen verschieden. Liegt es am Listenplatz oder an den Frauen selbst, die politisch wenig interessiert sind? Gerhard Semper hatte eine andere Antwort: „Die ist offenbar nicht der Gesellschaft Frauen gewohnt, so dass“ Am Ende waren sich die Beteiligten aber einig, dass zumindest in der jüngeren Generation ein Stimmungswandel und ein Aufbrechen von Rollenbildern wahrnehmbar sei. Torsten Schulz machte dies auch daran fest, er Kinder bei der Kita-Einrichtung...



Gisela Damms begrüßte die Teilnehmerinnen...

Wanderausstellung Frauen in der Wissenschaft

15 Porträts Potsdamer Wissenschaftlerinnen

Obwohl heute etwa die Hälfte aller Studienplätze von Frauen belegt wird und mehr Frauen als Männer ihr Erststudium erfolgreich absolvieren, sind es doch verhältnismäßig Wenige, die in der Wissenschaft Karriere machen.

Wenn Frauen in der Wissenschaft Karriere machen wollen, entscheiden sie sich oft zwischen Familie und beruflicher Entwicklung. Dass dies nicht sein muss, zeigen die Porträts von 15 Potsdamer Wissenschaftlerinnen.

Auf sehr persönliche Weise berichten erfolgreiche Frauen, die an der Universität Potsdam als Professorin, wissenschaftliche Mitarbeiterin oder junge Nachwuchswissenschaftlerin arbeiten und forschen, über ihre Lebenswege.

Dass Frau trotz Kinder in der Wissenschaft erfolgreich sein kann, wird in den Interviews deutlich. Was es noch zu tun gibt, um die Akzeptanz der Vereinbarkeit von Familie in Studium und wissenschaftlicher Laufbahn in der öffentlichen Wahrnehmung zu erhöhen, auch darüber berichten die Frauen.

Die Porträts sollen Mut machen, sich für Kinder zu entscheiden.



Do Thi Hai Ninh, Jahrgang 1972, ein Kind, 1989 Abitur. 1994 Diplom für Philologie, seit 2002 Hochschullehrerin an der Fakultät für Personal und Organisationsmanagement an der Nationalakademie für Politik und öffentliche Verwaltung (NAPA). Seit 2007 Promotionsstudentin an der Universität Potsdam.

Ich denke, dass die Studienzeit die beste Möglichkeit für Kinder ist, weil man während dieser Zeit noch flexibler ist, als zu einem späteren Zeitpunkt. Aber man braucht klare Ziele und Disziplin. Wichtig ist auch die Unterstützung durch das soziale und das Arbeitsumfeld. So können Belastungen minimiert und Schwierigkeiten leichter überwunden werden. Ich habe hier in Potsdam viele Frauen kennengelernt, die eine akademische Karriere eingeschlagen und gleichzeitig eine Familie gegründet haben. Dies zeigt, dass man keine Angst haben sollte, beide Dinge miteinander zu vereinbaren.

Wanderausstellung

Die Porträts werden auf Roll ups dargestellt. Dies ermöglicht eine flexible Nutzung als Wanderausstellung ohne großen technischen und logistischen Aufwand und entsprechende Lagerkapazitäten. Für die Durchführung des Projekts zeichnet das Koordinationsbüro für Chancengleichheit an der Universität Potsdam verantwortlich.

Terminanfragen können unter 0331-9771211 oder gba-team@uni-potsdam.de abgestimmt werden.

Frauen in der Wissenschaft
zwischen Karriere und Familie

15 Porträts
Potsdamer
Wissenschaftlerinnen

ein Projekt* des Koordinationsbüros
für Chancengleichheit
an der Universität Potsdam

*gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Wanderausstellung

Ausgewählte Veranstaltungen

Cottbus / Sabine Hiekel

Alles was Recht ist

Informationsnachmittag des Deutschen Juristinnenbundes

Ein frauenpolitischer Höhepunkt der 19. Frauenwoche in Cottbus war der Informationstag des Deutschen Juristinnenbundes des Landesverbandes Brandenburg unter dem Thema „Alles was Recht ist“ am 11. März, an dem über 70 Frauen teilnahmen. Zu diesem erstmals angebotenen kostenfreien Informationsnachmittag konnten sich interessierte Frauen von Frau zu Frau in rechtlichen Fragen unkompliziert informieren.

Im Mittelpunkt stand dabei die Frau in Familie und Beruf, insbesondere beim Schwangerschaftskonflikt, in Unterhalts- und Sorgerechtsfragen, bei Gewalt in der Familie oder auch im Arbeitsleben. Fachfrauen des Deutschen Juristinnenbundes erläuterten die Themen aus juristischer Sicht, Frauen aus verschiedensten Cottbuser Beratungseinrichtungen, der Stadtverwaltung und Institutionen ergänzten die Angebote mit Berichten aus der täglichen Praxis.

Die Idee zu dieser außerordentlich informativen Veranstaltung hatte die Schirmfrau der diesjährigen Cottbuser Frauenwoche, Sigrun von Hasseln-Grindel. Teilnehmende waren hauptsächlich interessierte Bürgerinnen, Frauen aus Beratungseinrichtungen, Rechtsanwältinnen und Sozialarbeiterinnen. Auf Grund der großen Resonanz und der vielen nachträglichen positiven Meinungen wird es im nächsten Jahr eine ganztägige Fortsetzung dieses Informationstages „Frauen und Recht“ geben.

Potsdam / Rosemarie Kaersten

Madame Europa, wie geht es Ihnen?

Internationale Frauenkonferenz der Linken

Über 100 Frauen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Tschechien, Österreich, Schweden, Finnland, Irland, Bulgarien und Estland hatten sich einen Tag vor dem Internationalen Frauentag im Alten Rathaus in Potsdam getroffen. Auf diesem vielsprachigen Erfahrungsaustausch wurde über Frauenarmut, Gleichstellung am Arbeitsplatz und Gewalt gegen Frauen berichtet.

Europa- und weltweit gibt es die gleichen Probleme: Diskriminierung von Frauen ist zwar in den meisten Ländern per Gesetz verboten, doch tagtäglich vorhanden. Egal, ob in

Finnland – wo alle zehn Tage eine Frau durch Gewalt zu Tode kommt – oder in Schweden, wo im Zuge der neoliberalen Entwicklung gerade eines der besten Kinderbetreuungssysteme der Welt teilweise demontiert wird. In Bulgarien feiert seit den 90er Jahren das patriarchale Muster, das schon 50 Jahre vorher überwunden schien, seine Auferstehung und viele Frauen verdienen ihr Geld in schlechtbezahlten öffentlichen Jobs oder im „Management“ von kleinsten Familienbetrieben. Und in China, das ein atemberaubendes Tempo im Transformationsprozess erlebt, gibt es jährlich über 300.000 Suizide von jungen Frauen im Alter zwischen 19 und 30 Jahren. Diese Fakten wurden von den Vorkämpferinnen für Frauenrechte engagiert vorgetragen.

Am Ende der sehr nachdenklich machenden Veranstaltung wurden Forderungen zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern formuliert: Politikerinnen und Politiker müssen verhindern, dass in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau das konservative „Roll Back“ weiter an Raum gewinnt. Gebraucht werden Analysen und mehr Transparenz zur tatsächlichen Situation von Frauen und Mädchen. Gender-Budgeting muss in der Haushalts- und Finanzpolitik umgesetzt werden, auch und gerade im Land Brandenburg. Die für Gleichstellung vorgesehenen Mittel der EU, des Bundes und der Länder müssen vollständig ausgeschöpft werden. Das Europäische Gender-Institut in Vilnius muss arbeitsfähig gemacht werden. Die reproduktiven Rechte der Frauen in der



Ausgewählte Veranstaltungen

Europäischen Union müssen gesichert werden. Der 8. März sollte als Kampftag für die Rechte der Frauen gesetzlicher Feiertag werden.

Die anwesenden Frauen unterstrichen die Notwendigkeit, sich stärker national wie international zu vernetzen. Die Forderung des Frauenpolitischen Rates, für das Land Brandenburg ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm zu entwickeln, wurde ebenfalls unterstützt.

Cottbus / Ehrengard Heinzig

Hauptsache Arbeit?

Lebensführungen brandenburgischer Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen

Martina Jank* ist 54. Sie sitzt täglich 5,5 Stunden an der Kasse und bringt dafür monatlich 960 Euro nach Hause. Filialleiterin Kathrin Lank*, 28, verdient etwa 1030 Euro im Monat, doch ihr Vertrag ist nur befristet. Danach muss sie sich neu beweisen. Scheitert sie, rutscht sie auf die Stufe ihrer Kolleginnen zurück: Die arbeiten größtenteils auf 400-Euro-Basis. (* Namen geändert)

Im Mittelpunkt des Vortrages von Dr. Susanne Völker, Gastprofessorin an der BTU Cottbus, standen die Lebensführungen von Frauen (und Männern), die unter prekarierten Erwerbsbedingungen ihr Leben arrangieren müssen. Sie machte deutlich, dass Frauen und Männer unterschiedlich davon betroffen sind. In einem weiteren Schwerpunkt befasste sie sich damit, wie den schwer zumutbaren Arbeitsbedingungen dennoch Freiräume für die eigenen Interessen und Bedürfnisse abgerungen werden. Interessant waren auch ihre Ausführungen zu den Folgen, die die Prekariisierung von Arbeit und Leben für familiäre Zusammenhänge, für die praktizierten Geschlechterarrangements, für Männer- und Frauenrollen zeitigt, und welche Phantasien oder praktischen Versuche eines sozial eingebundenen Lebens jenseits der Erwerbsarbeit entwickelt werden.

Zu diesen Fragen stellte die Vortragende Befunde einer Untersuchung zur Lebenssituation von Beschäftigten im brandenburgischen Einzelhandel vor. In der anschließenden Diskussion meldete sich eine von vielen älteren Frauen zu Wort und berichtete darüber, wie sehr ihre eigene Tochter darunter leidet, aufgrund des geringen Einkommens in absehbarer Zeit keine eigene Familie gründen zu können.

Die Landtagsabgeordnete Dr. Martina Münch setzte sich

nachdrücklich für die Festlegung allgemein verbindlicher Mindestlöhne und für die Zahlung gleichen Lohns für gleiche Arbeit ein. Des Weiteren ging sie auf die Bedeutung des lebenslangen Lernens, auf die Entzerrung von Lebensphasen durch Lebensarbeitszeiten und auf den Stellenwert der Kinderbetreuung im Rahmen der Familienpolitik ein.

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert.

Potsdam / Heiderose Gerber

Zwischen Tradition und Eigensinn

Lebenswege Potsdamer Frauen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert

Die Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung platzte am 11. März förmlich aus allen Nähten, als die Autorinnen Jeanette Toussaint und Silke Kamp ihre frauengeschichtliche Untersuchung „Zwischen Tradition und Eigensinn“ erstmals der Öffentlichkeit präsentierten. In ihr beleuchten sie



die Lebenswege von sechs bürgerlichen Frauen, die als Seidenkultivateurin oder Künstlerinnen, als Gründerinnen einer staatlichen Handels- und Gewerbeschule beziehungsweise als Leiterin einer orthopädisch-chirurgischen Klinik sowie des israelitischen Frauenvereins in Potsdam gewirkt hatten. Es gehörte eine Menge Tatkraft und Eigensinn – nicht nur in dieser Zeit – dazu, den eigenen Weg zu finden und zu gehen. Und Anne Marie Baral, die Schwestern Maria und Juliane Benda, Johanna Just, Anna Zielenziger sowie Lotte Werkmeister und Sophie Farber bereiteten ihn für viele andere,

Ausgewählte Veranstaltungen

die ihnen später nachfolgten. Ihre beispielhaften Lebensgeschichten sind in der Publikation „Zwischen Tradition und Eigensinn“, die vom Autonomen Frauenzentrum Potsdam herausgegeben wird, für alle Interessierten nachzulesen. Die Potsdamer Professorin Elke Liebs schrieb ein engagiertes Vorwort dazu und moderierte die informative, und, durch akustische Kosthäppchen der vorgestellten Künstlerinnen angereicherte, Lesung.

Die Broschüre "Zwischen Tradition und Eigensinn" kann im Autonomen Frauenzentrum Potsdam e.V. telefonisch unter 0331-901313 bestellt oder im Buchhandel (ISBN 978-3-00-027038-3) erworben werden.

Anne-Gret Tilling / Fürstenwalde

Tausend tolle Geschenke zum Internationalen Frauentag

... oder warum faire Schokolade
einfach doppelt glücklich macht

Frauen und Schokolade sind eine genauso tolle Verbindung wie Frauen und Blumen. Durch die gute Resonanz auf die fair gehandelten Rosen zur Frauenwoche im Jahr 2008 haben sich die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Fürstenwalde und das Frauennetzwerk Fürstenwalde gern vom Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg überzeugen lassen, auch dieses Jahr wieder auf das Thema des Fairen Handels zu setzen. Diesmal wurden 1000 Stück der von der Gepa mit gesponserten fair gehandelten Schokolade „Schokoletter“ zusammen mit dem Programm verteilt und damit der Blick ins wieder umfangreiche Heft zur Frauenwoche versüßt. Die süßen Häppchen kamen gut an und haben so manche Frau dazu gebracht, fair gehandelte Schokolade nachzufragen und zu kaufen. Am 10. März fand außerdem im Frauenladen der Kulturfabrik ein Frauenfrühstück zum Thema „Fairer Handel, faire Produkte, fair und nachhaltig einkaufen in Fürstenwalde“ statt. Gabi Moser vom Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises machte sich mit Frauen gemeinsam auf Einkaufs- und Entdeckungstour durch Fürstenwalde. Sie fanden heraus, wo es in der Stadt fair gehandelte Produkte gibt und wodurch sie sich gegenüber „normalen“ auszeichnen. Eine Verkostung, nicht nur von Schokolade, gehörte mit zum überaus positiv aufgenommenen Programm.

Potsdam / Astrid Priebs-Tröger

Frauen nach der Wende und in der Fremde

Neue Dokumentarfilme bei Matinee zum Frauentag gezeigt



Ob Frauen Motor oder nur Accessoire der gesellschaftlichen Entwicklung sind, fragte in diesem Jahr die Brandenburgische Frauenwoche. Am 8. März war bei einer Matinee im Thalia-Kino Gelegenheit, in Filmen, Lesungen und Gesprächen auch auf diese Frage Antworten zu finden. Die Potsdamer und Berliner Regisseurinnen Katharina Riedel und Bianca Bodau präsentierten dort ihre neuesten Dokumentarfilme „Migrantinnen“ und „Frohe Zukunft“. Beide zeigen Frauen in existenziellen Umbruchssituationen.

Während Katharina Riedel ein Dutzend Frauen aus Russland, der Ukraine, aus Bulgarien, Vietnam, der Türkei und aus Kamerun vor die Kamera holte, zeigt Bianca Bodau drei ostdeutsche Familien, die fast zwanzig Jahre nach dem Untergang der DDR von ihren Nachwendeerfahrungen berichten. Und schnell wird in beiden Filmen deutlich, dass sich gerade die Frauen – egal, ob es sich dabei um Migrantinnen oder Ostdeutsche handelt – den existentiell schwierigen Situationen mit viel Mut, Tatkraft und ungeheurer Flexibilität stellen. Nicht nur einmal begreifen die Frauen Krisen als Chancen und packen die Gelegenheit beim Schopfe, sich beruflich und persönlich zu entwickeln. Mit großer Offenheit erzählen die Frauen und auch ihre Töchter, wie sich Partnerschaften und Familienstrukturen verändert haben und welche schmerzlichen Verluste sie hinnehmen mussten. Die Protagonistinnen aus Katharina Riedels Film lassen den Zuschauer berührt und sensibilisiert für die Lebensläufe von Migrantinnen zurück. Die Bulgarin Vesta, die seit fast 30 Jahren in Ostdeutschland

Ausgewählte Veranstaltungen

lebt, bringt ihre Erfahrungen auf den Punkt: Brandenburg braucht mich nicht, sagt sie nüchtern und spricht nicht wenigen in gleicher Situation aus der Seele, wenn sie sagt, dass sie hier geduldet wird und ein – nicht zu großes – Stück vom Kuchen abhaben darf.

Katharina Riedels „Migrantinnen“ ist die Fortsetzung von „lebendig, weiblich, brandenburg“ und kann über die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam, Telefon 0331-2891080, Mail: Sabina.Scheuerer@rathaus.potsdam.de oder Gleichstellung@rathaus.potsdam.de bezogen werden.

Teltow / Charlotte von Glasow

Durch dick und dünn

Theaterstück zum Thema Magersucht

In rasantem Tempo und vom ersten Augenblick an fesselnd brachten Beate Albrecht und Birgit Wessel am 5. März in Teltow das von der Mädchenzukunftswerkstatt organisierte Gastspiel des Stückes „Durch dick und dünn“ auf die Bühne. In den gut 60 Minuten brachten sie ihre Zuschauer zum Lachen, zum Nachdenken und zum Diskutieren.

Bevor das Stück begann, bekamen die Zuschauer noch die erschreckende Information, dass Magersucht zu den häufigsten Todesursachen bei jungen Frauen zählt. Doch kurz



darauf eroberten die zwei Schauspielerinnen die Bühne und ernteten mit überzeugend gespielten Dialogen viel Lachen; von dem einem jedoch so manches im Halse stecken blieb. Es offenbarte sich ein riesiges Spektrum von Faktoren, durch die Essstörungen entstehen können. Man erhielt Einblick in die Gedanken eines magersüchtigen Mädchens und erfuhr etwas von den Gefühlen, die Angehörige bewegen. In der sich anschließenden Diskussion erfuhren die Zuschauer Vieles über die Hintergründe des Stückes, die eigenen Erfahrungen der Schauspielerinnen und die Präsenz des tabuisierten Themas. Seit fünf Jahren ist Beate Albrecht mit diesem Stück in ganz Deutschland unterwegs. Hut ab vor so viel Engagement!

Dank

An dieser Stelle danken wir allen, die zum Gelingen der 19. Brandenburgischen Frauenwoche beigetragen haben. Für die finanzielle, personelle und ideelle Mitwirkung danken wir dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Brandenburg, den Mitgliedern des Beirates Brandenburgische Frauenwoche, den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, zahlreichen Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren, allen Veranstalterinnen, Unterstützerinnen und Unterstützern, Sponsorinnen und Sponsoren und nicht zuletzt allen Teilnehmerinnen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Diskussionen eingebracht haben.

